



13 | 2006

59. Jg., 27.–28. KW, 14. Juli 2006

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Horst Friedrich, Christian Böttger

- Privatisierung der Deutschen Bahn – mit oder ohne Schienennetz?

Kommentar

W. Christian Lohse, Rüdiger Parsche und Andrea Gebauer

- Mehrwertsteuer-Erhebung durch Quellensteuer statt Reverse Charge

Forschungsergebnisse

Mandy Kriese

- Selbständigkeit und demographischer Wandel

Daten und Prognosen

Erich Gluch und Erik Hornung

- Europäischer Wohnungsbau:
Für 2006 gute Aussichten

Manfred Schöpe

- Landwirtschaftsnahe Erwerbsalternative:
Biogaserzeugung

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Privatisierung der Deutschen Bahn AG – mit oder ohne Schienennetz? 3

Ende September wird voraussichtlich der Deutsche Bundestag über den Verkauf der Deutschen Bahn entscheiden. Wahrscheinlich wird die Privatisierung der Bahn zusammen mit dem Schienennetz durchgeführt. *Horst Friedrich*, FPD-Bundestagsfraktion, hält dagegen eine Trennung der Transportgesellschaften und der Infrastruktur für die bessere Lösung, da »die Trennung von Schienennetz und Transport die höchsten Entlastungen für den Bundeshaushalt bringt.« Außerdem schaffe, seiner Meinung nach, die Trennung saubere Strukturen an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft und ermögliche so eine optimale Wahrnehmung der staatlichen Infrastrukturverantwortung: »Erst nach einer Trennung vom Schienennetz können zudem die Transport- und Logistikbereiche ganz privatisiert werden, was für deren dauerhaften Markterfolg unerlässlich ist. Mit der Trennung wäre außerdem eine deutliche Belebung des Wettbewerbs im Schienenverkehr verbunden.« Da aber gegen die Trennung von Netz und Betrieb erhebliche Widerstände deutlich wurden, bietet sich für Friedrich eine Variante des so genannten Eigentumsmodells als möglicher Kompromiss an. Dabei wird das Eigentum am Schienennetz von der Deutschen Bahn AG auf ein direkt im Eigentum des Bundes stehendes Unternehmen übertragen. Die DB AG erhält im Rahmen einer anreizgesteuerten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung gegen Entgelt das Recht zur weiteren Bewirtschaftung des Schienennetzes. Auch *Christian Böttger*, Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, spricht sich gegen einen »integrierten Börsengang« aus: »Zum einen erscheint der Erfolg eines integrierten Börsenganges betriebswirtschaftlich äußerst zweifelhaft, zum anderen wäre ein Börsengang in heutiger Struktur ordnungspolitisch bedenklich. Er würde zu anhaltenden Marktstörungen führen und schließlich eine wenig sinnvolle Verteilung von Chancen und Risiken zwischen Eigentümern und öffentlicher Hand zur Folge haben. ... eine Trennungslösung (würde) die ordnungspolitischen Probleme des integrierten Modells vermeiden und zugleich dem Bund wesentlich höhere Einnahmen beschaffen. ... und würde zugleich eine Marktstruktur schaffen, die durch mehr Wettbewerb den Marktanteil der Schiene stärkt.«

Kommentar

Mehrwertsteuer-Erhebung durch Quellensteuer statt Reverse Charge 9

W. Christian Lohse, Rüdiger Parsche und Andrea Gebauer

Seit der Einführung des Binnenmarktes im Jahre 1993 bis zur sog. Osterweiterung am 1. Mai 2004 haben die EU-Finanzminister im Durchschnitt einmal jährlich das gemeinsame Mehrwertsteuerrecht geändert. Im Europa der 25 haben sie wegen des Einstimmigkeitsprinzips keinen einzigen Änderungsvorschlag der Kommission angenommen. Auch die Mehrwertsteuerberatungen in der letzten Sitzung unter Österreichischer Ratspräsidentschaft sind ergebnislos verlaufen. Das ifo institut schlägt zur Überwindung der Widerstände im EU-Ministerrat ein Quellensteuerverfahren vor, das auf der Fortentwicklung bereits früher angedachter Überlegungen beruht.

Forschungsergebnisse

Selbständigkeit und demographischer Wandel 10

Mandy Kriese

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist durch niedrige Geburtenraten und sinkende Sterblichkeit gekennzeichnet. In Zukunft wird es immer weniger

Menschen in Deutschland geben, die im Durchschnitt zudem deutlich älter sein werden als heute. Im vorliegenden Beitrag wird analysiert, wie sich diese demographischen Veränderungen auf das Potential an selbständigen Personen mit Beschäftigten auswirken können. Dafür wird die angebotsseitige Entwicklung der Selbständigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2050 abgeschätzt. Betrachtet man für die Entwicklung der Selbständigkeit nur die demographische Veränderung der Bevölkerung, wird das Potential an selbständigen Personen rückläufig sein. Gab es im Jahr 2003 etwa 1,8 Mill. Selbständige mit Beschäftigten, werden es im Jahr 2050 nur noch 1,3 Mill. sein. Das entspricht einem Rückgang von 28,7%. Allerdings reicht die alleinige Betrachtung demographischer Veränderungen nicht aus, wenn ein umfassendes Bild der Selbständigkeit von morgen wiedergegeben werden soll.

Daten und Prognosen

Europäischer Wohnungsbau mit guten Aussichten für 2006

16

Erich Gluch und Erik Hornung

Nach den aktuellen Prognosen, die auf der 61. Euroconstruct-Konferenz in Amsterdam im Juni vorgetragen wurden, hat sich die Stimmung im Bausektor deutlich aufgehellt. War man vor einem halben Jahr noch von einer Zunahme der Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1,5% ausgegangen, so wurden in den meisten Ländern die Prognosen weiter angehoben. Für das laufende Jahr wird nun eine Erhöhung des europäischen Bauvolumens um 2,6% erwartet. Angetrieben wird diese Entwicklung vom Wohnungsbau und Tiefbau. 2007 und 2008 wird sich das Wachstum leicht abschwächen und jeweils nur noch knapp 2% erreichen. Der stärkste Dämpfer kommt dabei vom Wohnungsneubau, da in drei großen Ländern – Frankreich, Italien und Spanien – die Nachfrage nach neuen Wohnungen spürbar zurückgehen wird. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei die kräftige Steigerung der Immobilienpreise im Verlauf der letzten Jahre in diesen Ländern.

Biogaserzeugung – der aktuelle Renner unter den landwirtschaftsnahen Erwerbsalternativen

21

Manfred Schöpe

Wirtschaft und Politik wollen die starke Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen vermindern und die Nutzung so genannter erneuerbarer Energien forcieren. Dabei fällt vor allem den nachwachsenden Rohstoffen eine Schlüsselstellung zu. Nach der Biokraftstoffrichtlinie der EU soll bis 2010 der Biokraftstoffanteil auf 5,75% angehoben werden. Dem Biomasse-Aktionsplan der EU von 2005 zufolge soll die energetische Biomassenutzung bis 2010 auf das Doppelte des Standes von 2005 steigen, was etwa 8% entsprechen dürfte. Fördermaßnahmen, an denen neben dem Bund und der EU auch die Länder beteiligt sind, haben Landwirtschaft und Industrie animiert, völlig neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, die von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zum Verbraucher reichen. Dabei wurden und werden weiterhin erhebliche Anstrengungen unternommen, die Verfahren zu optimieren und die Technologie für wirtschaftlich rentable Größen serienreif zu machen, und es wurden bzw. werden Investitionen in beachtlichem Umfang vorgenommen. Die Landwirtschaft profitiert von dieser Entwicklung, indem sich erweiterte Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse bieten (Raps für Biodiesel, Getreide für Bioethanol) oder gar neue Erwerbszweige erschließen lassen, wie es bei der Biomassenutzung der Fall ist.

Ende September wird voraussichtlich der Deutsche Bundestag über den Verkauf der Deutschen Bahn entscheiden. Sollte eine Privatisierung der Bahn zusammen mit dem Schienennetz durchgeführt oder eine Trennung der Transportgesellschaften einerseits und der Infrastruktur andererseits vollzogen werden?

Bahnreform jetzt vollenden – Privatisierung ohne Netz

Die Privatisierung der Deutschen Bahn AG ist ein entscheidender Schritt in der Weiterentwicklung des Schienenverkehrs in Deutschland und die konsequente Fortsetzung der 1994 begonnenen Bahnreform. Da die – nach dem Willen der Bundesregierung – im Herbst 2006 zu treffende Entscheidung langfristig wirken wird und nachhaltige Veränderungen im Schienenverkehrsmarkt zur Folge haben kann, ist es angebracht, die verschiedenen Strukturmodelle einer Privatisierung sorgfältig zu diskutieren und in ihren Wirkungen gegeneinander abzuwägen.

Als Richtschnur für die jetzt anstehenden Entscheidungen müssen dabei unverändert die Ziele der 1994 eingeleiteten Bahnreform gelten. »Mehr Verkehr auf die Schiene« und »die nachhaltige Entlastung des Bundeshaushaltes« sind daher auch heute die zentralen verkehrs- und haushaltspolitischen Zielstellungen, denen eine Privatisierung der DB AG zwingend folgen muss. Trotz der durchaus erfolgreichen Umsetzung der ersten Stufe der Bahnreform – der Organisationsprivatisierung der früheren Behördenbahnen – konnten die Verkehrsanteile der Schiene weder im Personen- noch im Güterverkehr nennenswert gesteigert werden. So hat die Schiene im Personenverkehr seit 1994 einen stagnierenden Anteil von rund 6,6% (Verkehrsleistung), und auch im Güterverkehr ist ihr Anteil mit rund 16% (ebenfalls Verkehrsleistung) im Wesentlichen unverändert. Ebenso wenig konnte bislang das Ziel der Haushaltsentlastung erreicht werden. So flossen bereits 1994 rund 18,9 Mrd. € an Bundesmitteln in das System Schiene, und auch heute müssen jährlich rund 18,7 Mrd. € aufgewendet werden.

Damit muss zunächst festgehalten werden, dass – obwohl die Organisations-

privatisierung der Behördenbahnen erfolgreich verlaufen ist – die wesentlichen Ziele der Bahnreform bislang nicht erreicht sind. Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig, liegen jedoch in erster Linie in der volkswirtschaftlich kontraproduktiven Unternehmensstruktur der DB AG begründet, die durch ökonomische Fehlreize und Diskriminierungspotentiale die Entstehung wettbewerblicher Strukturen im deutschen Eisenbahnmarkt bislang weitgehend verhindert hat.

Der Eisenbahnmarkt in Deutschland muss daher konsequent weiterentwickelt werden. Seine heutige Struktur mit der DB AG als monopolistischem Anbieter und mit weit reichender Kontrolle über Zugangsmöglichkeiten und die Entwicklung des Schienennetzes im Rahmen einer Privatisierung des integrierten Konzerns dauerhaft festzuschreiben, hieße auch, die Ziele der Bahnreform dauerhaft Preis zu geben und überdies ökonomisch und ordnungspolitisch wenig sinnvolle, intransparente Mischstrukturen zwischen unternehmerischer und staatlicher Verantwortung zu festigen. Dabei lassen sich die Aufgaben des Staates im Bereich der Eisenbahnen auf die grundgesetzlich verankerte Verantwortung für den »am Wohl der Allgemeinheit ... orientierten Ausbau und Erhalt des Schienennetzes« (Art. 87e Abs. 4 GG) zurückführen. Um sie effektiv wahrzunehmen, bedarf es keines integrierten Mischkonzerns, sondern klarer und sauberer Strukturen.

Die nun in der öffentlichen Debatte zur Diskussion stehenden Strukturmodelle für die Privatisierung des Unternehmens wurden durch ein Gutachterkonsortium um Booz/Allen/Hamilton entwickelt und in ihren vielfältigen verkehrs- und haushaltspolitischen Wirkungen bewertet. Sie rei-



Horst Friedrich*

* Horst Friedrich ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Seit 1994 wirkt er als verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

chen vom Börsengang des integrierten Konzerns bis zur – bereits in der Bahnreform von 1994 langfristig angedachten – Trennung der Transportsparten vom Schienennetz. Die entscheidende Trennlinie zwischen den diskutierten Modellen verläuft dabei zwischen dem Integrationsmodell, d.h. der Deutschen Bahn AG in ihrer heutigen Struktur und den Trennungsmodellen. Während eine Privatisierung des heute bestehenden DB Konzerns einen de facto unwiderruflichen (Teil-)Verkauf des Schienennetzes zur Folge hat, verbleibt das Schienennetz bei allen Trennungsmodellen im Eigentum des Bundes.

In der Analyse des Gutachtens ist nunmehr deutlich geworden, dass die Trennung von Schienennetz und Transport die höchsten Entlastungen für den Bundeshaushalt bringt, während die einmaligen Privatisierungserlöse eines integrierten Konzerns mit geschätzten 5 bis 8,7 Mrd. € in einem eklatanten Missverhältnis zu den jährlichen Aufwendungen des Bundes stehen. Außerdem schafft die Trennung saubere Strukturen an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft und ermöglicht eine optimale Wahrnehmung der staatlichen Infrastrukturverantwortung. Erst nach einer Trennung vom Schienennetz können zudem die Transport- und Logistikbereiche ganz privatisiert werden, was für deren dauerhaften Markterfolg unerlässlich ist.

Mit der Trennung wäre außerdem eine deutliche Belebung des Wettbewerbs im Schienenverkehr verbunden. Private Investoren, die bislang vor einem Markteintritt zurückschreckten, weil rund die Hälfte ihrer Angebotskosten durch das netzbeherrschende Unternehmen und den zugleich größten Konkurrenten fremdbestimmt waren, könnten neue und innovative Angebote im Schienenverkehr entwickeln. Eine privatwirtschaftlich geführte (aber mehrheitlich im Bundesbesitz verbleibende) Infrastrukturgesellschaft würde alle Nutzer auf dem Schienennetz gleichermaßen willkommen heißen und eine aktive Trassenvermarktung und Netzentwicklung vorantreiben.

Von Befürwortern des Integrationsmodells werden regelmäßig die Kosten einer institutionellen Trennung ins Feld geführt. Doch sie spielen bei einer so wesentlichen Strukturentscheidung weder in ihrem Volumen noch in ihrer Qualität eine entscheidende Rolle. Ohnehin kann gesagt werden, dass diese Kosten heute im Wesentlichen auf die Rückverlagerung zentraler Steuerungsfunktionen aus den einzelnen DB-Aktiengesellschaften auf die Holding zurückgehen, womit die zweite Stufe der Bahnreform praktisch zurückgenommen wurde.

Tatsächlich müssen die Trennungskosten vielmehr als die Kehrseite eines entsprechenden Diskriminierungspotentials eines integrierten Konzerns verstanden werden. Dieses Diskriminierungspotential eines von der DB AG kon-

trollierten Schienennetzes ist nach Ansicht von zahlreichen Gutachtern, Sachverständigen und Wettbewerbern der DB letztlich nicht beherrschbar. Das oftmals angeführte Argument, der diskriminierungsfreie Zugang zur Infrastruktur könne durch eine intensive Regulierung sichergestellt werden, übersieht, dass eine Regulierung stets nur die zweitbeste Lösung darstellt. Diese Auffassung hat jüngst auch die EU-Kommission in ihrem Bericht über den Stand der Umsetzung des Ersten Eisenbahnpaketes in den europäischen Mitgliedstaaten vertreten, als sie feststellte, dass »die institutionelle Trennung von Schienennetz und Betrieb der beste Weg zu sein scheint, um einen fairen und diskriminierungsfreien Zugang zum Schienennetz zu gewährleisten«.

Tatsächlich können die strukturellen Informationsvorteile, die die DB AG aus ihrem Netzbesitz ableiten kann, auch mit hohem personellem und organisatorischem Einsatz nicht vollständig eliminiert werden. Langwierige Genehmigungen von Trassenpreisen und anderen Zugangsbedingungen nehmen dem System Schiene die gewünschte Dynamik und bremsen innovative Entwicklungen. Überdies beansprucht die intensive Regulierung wertvolle öffentliche Ressourcen, die sinnvoller in eine marktgerechte Weiterentwicklung des Schienennetzes investiert werden könnten.

Doch gegen eine Privatisierung mit Netz sprechen nicht nur Wettbewerbsaspekte. Mit Netz können dauerhaft maximal 49% des Unternehmens privatisiert werden. Bei einem international tätigen Mobilitäts- und Logistikdienstleister wie der DB AG bedeutet dies zugleich, dass die Bundesrepublik Deutschland dauerhaft (Mehrheits-)Eigentümer eines internationalen Transportkonzerns bleiben müsste. Doch es kann nicht Aufgabe des Bundes oder allgemein des deutschen Steuerzahlers sein, unter Einsatz von öffentlichen Mitteln einen global agierenden Mobilitäts- und Logistikdienstleister aufzubauen. Ein solcher Staatskonzern passt nicht in die Unternehmenslandschaft. Es wäre eine grobe Verletzung der ordnungspolitischen Spielregeln gegenüber privaten Unternehmen derselben Branche, die sich nicht auf eine staatlich garantierte Konkursfestigkeit verlassen können. Aufgabe des Staates ist die Wahrnehmung der Infrastrukturverantwortung – nicht mehr und auch nicht weniger. Als Transport- und Logistikunternehmer aber ist der Staat weder gefragt noch kompetent.

Gegen die idealtypische Trennung von Netz und Betrieb sind in der aktuellen Diskussion erhebliche, wenngleich altbekannte Widerstände deutlich geworden. Daher bietet sich eine Variante des so genannten Eigentumsmodells als möglicher Kompromiss an. Dabei wird das Eigentum am Schienennetz von der DB AG auf ein direkt im Eigentum des Bundes stehendes Unternehmen übertragen. Die DB AG erhält im Rahmen einer anreizgesteuerten Leistungs- und Finan-

zierungsvereinbarung gegen Entgelt das Recht zur weiteren Bewirtschaftung des Schienennetzes. Eventuell vorhandene positive Synergieeffekte könnten so weitgehend erhalten bleiben, während die vermeintlichen Kosten einer Trennung vermieden werden könnten. Im Vergleich zur heutigen Struktur des Schienenverkehrsmarktes in Deutschland würden sich indes einige Verbesserungen ergeben: Der Wettbewerb auf der Schiene würde – wenn auch geringfügig – gestärkt, der Bund könnte seine Verantwortung für die Infrastruktur aktiv und transparenter als bislang wahrnehmen und die unverantwortbare mehrjährige Bindung des Bundeshaushaltes durch eine milliarden schwere Verpflichtungsermächtigung wäre nicht erforderlich.

Der entscheidende Vorteil einer solchen Kompromisslösung liegt jedoch in der Vermeidung der faktischen Unumkehrbarkeit einer integrierten Privatisierung. Damit bleibt die Option für eine spätere Weiterentwicklung des Unternehmens und des Eisenbahnmarktes in Deutschland erhalten.



Christian Böttger*

Kein »integrierter Börsengang«

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Bahn vorzunehmen (vgl. Koalitionsvertrag, Seite 58). Hierzu sollen im Laufe des Jahres 2006 Entscheidungen getroffen werden. Dabei wirbt der DB Konzern intensiv für den »integrierten Börsengang«, also einen Börsengang in der heutigen Struktur. Als Gegenmodell wird, weniger detailliert spezifiziert, eine Trennung der Transportgesellschaften einerseits und der Infrastruktur andererseits vorgeschlagen.

In diesem Beitrag werden drei Aspekte thematisiert, die aus Sicht des Verfassers gegen einen integrierten Börsengang sprechen: Zum einen erscheint der Erfolg eines integrierten Börsenganges betriebswirtschaftlich äußerst zweifelhaft, zum anderen wäre ein Börsengang in heutiger Struktur ordnungspolitisch bedenklich. Er würde zu anhaltenden Marktstörungen führen und schließlich eine wenig sinnvolle Verteilung von Chancen und Risiken zwischen Eigentümern und öffentlicher Hand zur Folge haben.

Börsenfähigkeit der Deutschen Bahn AG in heutiger Struktur

Das vom Verkehrsministerium beauftragte »PRIMON«-Gutachten hält sowohl den integrierten Börsengang als auch eine Trennung für möglich und bewertet diese Modelle monetär ähnlich.

Um zu dieser Bewertung zu gelangen, wurden jedoch etliche Annahmen getroffen, durch die das integrierte Modell

* Prof. Dr. Christian Böttger lehrt an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

vergleichsweise positiv dargestellt wird (vgl. ausführlich hierzu Stellungnahme der Bundestagsfraktion der »Grünen« und die Stellungnahme »Pro Mobilität«):

- Das gesamte Zahlenwerk für das integrierte Modell wurde mit geringen Korrekturen aus der Mittelfristplanung der DB AG übernommen, die als »sehr ambitioniert« bezeichnet wird. Neuere Entwicklungen (z.B. Anstieg der Verschuldung durch Bax-Akquisition, Kürzung der Regionalisierungsmittel, Ausschreibungspflicht für SPNV-Leistungen), die die Planung gefährden, sind nicht berücksichtigt.
- Für die Ermittlung der zu vergleichenden Discounted Cashflows wird in dem Gutachten ein Kapitalmarktzinssatz von 9,4% angesetzt. Dieser erscheint wenig zweckmäßig, da es um eine Betrachtung aus staatlicher Perspektive geht. Die alternativ vorgenommene Bewertung anhand des als »kameral« bezeichneten Zinssatzes von 4,5% ist vorzuziehen.
- Die steuerlichen Verlustvorträge der DB AG werden im integrierten Modell in voller Höhe wert erhöhend angesetzt (da dadurch höhere Dividendenzahlungen möglich sind). Aus Sicht der öffentlichen Haushalte bedeuten Verlustvorträge jedoch Einnahmeausfälle, so dass eigentlich steuerliche Verlustvorträge in der Betrachtung keine Rolle spielen dürften. Im Trennungsmodell hingegen wird wegen Quantifizierungsproblemen der Verlustvortrag nur teilweise angesetzt (S. 233). Hierdurch wird in der Vergleichsbetrachtung das integrierte Modelle um 3 bis 5 Mrd. € zu positiv dargestellt.
- Der Ansatz eines negativen Eigenkapitalwertes für die Infrastrukturgesellschaft im Trennungsmodell (S. 430) ist methodisch nicht nachvollziehbar. Die Gesellschaft erzielt einen positiven EBIT, der ungefähr ausreicht, um die Finanzschulden zu bedienen. Es ist nicht erkennbar, warum eine Gesellschaft in Staatseigentum, die keine Verluste macht und keine laufenden Mittel benötigt, aus Sicht des Staates mit einem negativen Wert belegt wird. Hierdurch wird das integrierte Modell relativ um 3 bis 4 Mrd. € zu gut dargestellt.
- Bei der Ermittlung der Trennungskosten und Synergieverluste werden zwar die DB-Schätzungen nach unten korrigiert, scheinen jedoch immer noch unrealistisch hoch (z.B. Wegfall interner Arbeitsmarkt 100 Mill. € p.a., teurere Tarifverträge bei Trennung). Nicht thematisiert wird hingegen, dass bei einer Trennung auch ein Teil der Konzernumlage/-verrechnung (letzter veröffentlichter Wert für 2003 war 898 Mill. €) entfallen könnte. Auch dadurch wird das integrierte Modell um einige Milliarden € zu positiv dargestellt
- Für das Trennungsmodell wurde eine von der DB AG empfohlene Dekonsolidierungslogik angewandt (PRIMON, S. 216). Das so ausgewählte und geprüfte Modell ist das komplizierteste und langwierigste und würde die Umsetzung eines Trennungsmodells unnötig verzögern.
- In der Ermittlung der Kapitalkosten (S. 482) gehen die Gutachter für das integrierte Modell von einer Eigenkapitalquote von 50% aus und begründen dies mit der »Zielkapitalstruktur der DB AG« von 2004. Es wird nicht erkennbar, wann diese Struktur erreicht wird. Im Abschluss 2005 weist die DB AG ein Eigenkapital von 7,7 Mrd. € bei einer Bilanzsumme von 47,1 Mrd. € (16,3%) aus. Die Gutachter schätzen den Erlös des Börsenganges auf ca. 7,5 Mrd. € (für 49%), daraus ergäbe sich ein Marktwert des Eigenkapitals von ca. 15 Mrd. €. Für die WACC-Logik ergäbe sich eine Eigenkapitalquote von 27%. Das sich ergebende Delta von 25 Mrd. € wird von den Gutachtern nicht erklärt. Dieses scheint äußerst bedenklich, denn sowohl die Kapitalkosten des Unternehmens, der Zeitpunkt, zu dem das Unternehmen seine Kapitalkosten verdienen wird, und das Rating hängen an dieser unrealistischen Annahme.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass im PRIMON-Gutachten eine Fülle von Annahmen so getroffen sind, dass der integrierte Börsengang in einem unrealistisch günstigen Licht gezeichnet wird. Trotz dieser überoptimistischen Annahmen verbleiben den Gutachtern Zweifel, ob der integrierte Börsengang realistisch ist (vgl. PRIMON, S. 290 f.).

Sollten die zuvor geschilderten Bedenken zutreffen, wäre ein Börsengang in integrierter Struktur unter den genannten Rahmenbedingungen nicht durchführbar. Die große politische Gefahr liegt darin, dass nach einer Entscheidung für einen solchen Börsengang ein Scheitern als politische Blamage gelten würde. Zu befürchten ist, dass bei einer Entscheidung für einen integrierten Börsengang in der unmittelbaren Vorbereitungsphase Probleme offensichtlich werden würden. Um dann einen Gesichtsverlust durch Absage des Börsenganges zu vermeiden, könnte die Regierung versucht sein, diesen in letzter Minute durch Konzessionen zu Lasten der öffentlichen Hand und zugunsten der potentiellen Investoren zu retten.

Ordnungspolitische Aspekte

Ordnungspolitisch sind zwei Aspekte für die Frage der künftigen Struktur relevant. Zum einen geht es um das unmittelbare Diskriminierungspotential, das der DB aus der exklusiven Kontrolle des Netzes erwächst, zum anderen geht es in den Geschäftsfeldern außerhalb der Eisenbahn um die Frage nach einer Wettbewerbsneutralität des Staates.

Das Netz (inkl. Bahnhöfen, Zugang zu Abstellanlagen u.Ä., Stromversorgung usw.) ist ein Produktionsfaktor, auf den jeder Verkehrsbetreiber im Schienenverkehr zugreifen muss. Die integrierte Struktur der Bahn bedeutet, dass die Deut-

sche Bahn als Verkehrsanbieter zugleich die monopolisierte Infrastruktur kontrolliert. Das daraus resultierende Diskriminierungspotential betrifft nicht nur die Gewährung des Zugangs, sondern auch eine Fülle weiterer Aspekte (z.B. Gestaltung des Trassenpreissystems, Informationsaspekte usw.). Um einen diskriminierungsfreien Zugang sicherzustellen, wurden inzwischen gesetzliche Bestimmungen erlassen. Auch die DB selbst hat organisatorische Maßnahmen ergriffen, um Diskriminierungen zu vermeiden. Es bleiben allerdings Bedenken, ob die Regelungen ausreichen, um Diskriminierungen tatsächlich auszuschließen. Zudem ist Diskriminierung nicht nur ein objektiver Sachverhalt, vielmehr hängt das Handeln der potentiell Diskriminierten davon ab, ob sie subjektiv eine Diskriminierung fürchten. Es stellt sich die Frage, ob private Investoren in dieser Marktstruktur das Vertrauen aufbringen, größere Investitionen (z.B. im Fernverkehr) zu tätigen.

Ein bislang nicht systematisch behandeltes Diskriminierungspotential ist die Stellung der DB AG als Entscheider über die Ausgestaltung der Eisenbahninfrastruktur (Neubau, Ausbau, Sanierung). Die DB als Infrastrukturmanager nimmt großen Einfluss darauf, welche Projekte mit welcher Priorität realisiert werden. Dabei werden bereits seit Jahren nur geringe Eigenmittel der DB AG in Infrastruktur investiert, der weit überwiegende Anteil wird von der öffentlichen Hand bereitgestellt. Trotzdem entscheidet die DB AG faktisch über Ausbaustände und Projektprioritäten. Zum einen werden dadurch teilweise Wettbewerber diskriminiert (z.B. Abbau von Überholgleisen, so dass Güterverkehr auf bestimmten Strecken nicht mehr möglich ist), zum anderen erhält die DB ein Druckpotential gegenüber den Ländern als Besteller im SPNV. In den letzten Jahren haben mehrere Länder die freihändige Vergabe von SPNV-Leistungen an die DB AG zeitgleich mit Infrastrukturvereinbarungen vorgenommen – obwohl offiziell beide Sachverhalte unabhängig sind. Auch aus laufenden Verfahren wird immer wieder berichtet, dass die DB AG Infrastrukturmaßnahmen als Druckmittel für die SPNV-Vergabe nutzt.

Der zweite ordnungspolitisch relevante Aspekt betrifft den Einstieg der DB AG in bahnferne Märkte, insbesondere in die internationale Logistik. Es ist nicht in Abrede zu stellen, dass das DB-Management mit dem Kauf von Stinnes eine günstige Gelegenheit genutzt hat. Dieser Erfolg darf aber nicht den Blick für die ordnungspolitischen Notwendigkeiten versperren. Derzeit wird vom Management der DB AG und aus der Politik die Schaffung eines »Global Champion« als ausdrücklicher Vorteil eines integrierten Börsenganges hervorgehoben. Nun ist allerdings in diesem Modell eine Privatisierung nur zu maximal 49,9% möglich, da gemäß Art. 87e GG die Mehrheit der Infrastruktur beim Staat verbleiben muss. Aufgrund dieser Konstellation ist davon auszugehen, dass die Kapitalmärkte

von einer impliziten Staatshaftung für die Schulden der DB AG ausgehen. Dies wird auch im PRIMON-Gutachten (S. 293) ausdrücklich bestätigt. Entsprechend geht die DB AG davon aus, dass sie sich nach einem integrierten Börsengang weiterhin günstiger finanzieren können wird als privatwirtschaftliche Wettbewerber. Die Schaffung globaler Champions durch faktische Haftungsgarantien des Staates stellt einen nicht sinnvoll begründbaren Eingriff in den Logistikmarkt dar und ist ordnungspolitisch nicht vertretbar.

Risikoverteilung

Bei einem integrierten Börsengang wird der Staat in zweierlei Hinsicht große Risiken tragen. Zum einen steht der Staat, wie zuvor beschrieben, faktisch in der Haftung für die Schulden des Unternehmens. Es ist dabei auch auf die Erfahrung bei der Insolvenz des britischen Bahnbetreibers Railtrack zu verweisen. Dort wurde nicht nur das Fremdkapital bei der Insolvenz vollständig vom Staat gedeckt, der Staat hat sogar die Aktionäre, jenseits der rechtlichen Verpflichtungen, entschädigt.

Zum anderen ergibt sich aus der im Grundgesetz verankerten Verantwortung des Bundes für die Eisenbahninfrastruktur, dass der Staat letztlich in der Verantwortung für die Infrastruktur bleibt – unabhängig von der Eigentumsstruktur. Sollte die DB AG in eine Situation geraten, in der sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, ist der Bund unabhängig von der vertraglichen Ausgestaltung zum Eingreifen verpflichtet.

Dabei ist die Messung des Zustandes der Eisenbahninfrastruktur methodisch äußerst schwierig zu realisieren. Da die Abschreibungsfristen in diesem Bereich sehr lang sind und unterlassene Instandhaltung erst mit mehrjähriger Verzögerung sichtbare Wirkungen verursacht, wird ein schleichender Verfall der Infrastruktur nicht zeitnah erkannt (von verschiedenen Seiten sind zuletzt Vorwürfe geäußert worden, dass die DB AG die Infrastruktur vernachlässige, um ihre Kosten zu senken). Derzeit wird erstmals ein Netzzustandsbericht erstellt. Dieser wird durch die DB AG selbst erarbeitet. Regierung oder Parlament machen keine Anstalten, eine unabhängige Messung zu realisieren.

Bei einem integrierten Börsengang soll die Vorhaltung der Infrastruktur und der Finanzbeitrag des Bundes durch eine »Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung« (LuFV) geregelt werden. Eine derzeit zirkulierende Version einer LuFV zwischen Bund und DB AG für das integrierte Modell ist für die DB AG äußerst komfortabel. Die Höhe der Pönalen bei Nichterfüllung der Leistungen umfasst nur einen Bruchteil des jährlich vom Bund zugesagten Zuschussbetrages

von 2,5 Mrd. €. Die DB AG soll die Möglichkeit erhalten, das Netz an den Bund zurückzugeben (der Bund hingegen soll nicht das Recht erhalten, bei fortgesetzter Vernachlässigung das Netz zurückzufordern). Zudem soll die DB AG die Qualitätsmessungen selbst vornehmen. Mit einer solchen Regelung würde der Bund endgültig sämtliche Eingriffsmöglichkeiten und Chancen zur Korrektur des Modells aus der Hand geben.

Für einen integrierten Börsengang – und entsprechend auch für das derzeit diskutierte »Eigentumsmodell«, bei dem das juristische Eigentum an der Infrastruktur beim Bund verbleibt – ist als Minimum der Abschluss einer LuFV zu fordern, die einen ernsthaften ökonomischen Anreiz für die DB AG darstellt, die Infrastruktur in gutem Zustand zu erhalten. Dabei müsste als Minimum sichergestellt sein, dass die Qualitätsmessung unabhängig erfolgt. Eine ökonomisch wirkungsvolle Vertragssteuerung würde erfordern, dass – zumindest als spätere Eskalationsstufe – Pönalen festgelegt werden, die höher liegen als der jährliche Bundeszuschuss, und dass nicht die DB AG, wohl aber der Bund die Option zur Übernahme des Netzes erhält. Als Zwischenschritt bei Nichterbringung der vertraglichen Leistungen wäre zudem denkbar, eine Ausschüttungssperre zu vereinbaren. Eine derartige Regelung, die die Interessen der öffentlichen Hand bei privatwirtschaftlicher Netzbewirtschaftung sichert, würde vermutlich einen integrierten Börsengang unmöglich machen. Zu befürchten ist deshalb, dass eine solche Regelung politisch nicht durchsetzbar ein wird.

Alternative Modelle

Wie die meisten unabhängigen Experten bestätigen, würde eine Trennungslösung die ordnungspolitischen Probleme des integrierten Modells vermeiden und zugleich dem Bund wesentlich höhere Einnahmen beschieren. Allein der Verkauf der Logistiksparte und der SPNV-Aktivitäten über mehrere regionale Gesellschaften dürfte einen deutlich zweistelligen Milliardenbetrag erbringen und würde zugleich eine Marktstruktur schaffen, die durch mehr Wettbewerb den Marktanteil der Schiene stärkt. Leider zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung auch in dieser Frage versäumt, eine zukunftsfähige Reform zu realisieren.

Literatur

Booz, Allen und Hamilton (2006), *Privatisierungsvarianten der Deutschen Bahn AG »mit und ohne Netz« (PRIMON)*, Gutachten im Auftrag des BMVBS und BMF, http://www.bmvbs.de/Anlage/original_952625/Gutachten-Privatisierungsvarianten-der-Deutschen-Bahn-AG-mit-und-ohne-Netz-_Maerz-2006.pdf.
Holzey, M. (2006), *Verkehrs- und haushaltspolitische Bewertung des Gutachtens von Booz Allen Hamilton*, PSPC-Kurzstudie im Auftrag von »Pro Mobilität«, http://www.promobilitaet.de/downloads/PSPC_Bewertung_des_BAH-Gutachtens_fuer_Pro_Mobilitaet.pdf.

Holzey, M. (2006), »Spart sich die Deutsche Bahn AG an die Börse?«, *Bahn-Report* (4), 8–11.
Kuhn, F. und W. Hermann (2006), *Politische Bewertung des Booz-Allen-Hamilton-Gutachtens Privatisierungsvarianten der Deutschen Bahn AG »mit und ohne Netz«*, http://www.gruene-bundestag.de/cms/verkehr_bau/dokbin/102/102606.pdf.

W. Christian Lohse*, Rüdiger Parsche und Andrea Gebauer

Seit der Einführung des Binnenmarktes im Jahre 1993 bis zur sog. Osterweiterung am 1. Mai 2004 haben die EU-Finanzminister im Durchschnitt einmal jährlich das gemeinsame Mehrwertsteuerrecht geändert. Im Europa der 25 haben sie wegen des Einstimmigkeitsprinzips keinen einzigen Änderungsvorschlag der Kommission angenommen. Dem Ministerrat gelang lediglich mit viel Mühe die vorübergehende Verlängerung befristeter Regelungen, die in den letzten zwei Jahren ausgelaufen sind.

Auch die Mehrwertsteuerberatungen in der letzten Sitzung unter Österreichischer Ratspräsidentschaft sind ergebnislos verlaufen. (Darüber hat das Handelsblatt in seiner Ausgabe vom 8. Juni 2006, S. 8 berichtet.) Am Scheitern soll der deutsche Finanzminister wesentlich beteiligt gewesen sein, weil ihm seine Kollegen die Genehmigung für den von Deutschland beantragten Systemwechsel zum sog. Reverse-Charge-Verfahren verweigert haben. Bei einer Einführung dieses Verfahrens würden vorsteuerabzugsberechtigte Abnehmer zum Schuldner der USt für die an sie ausgeführten Leistungen, mit der Folge, dass sie diese Leistungen zum Nettopreis beziehen können, wenn der Rechnungsbetrag über 5 000 € liegt. In diesen Fällen entfällt der Ausweis von Vorsteuerbeträgen und kann nicht mehr die Ursache für einen Betrug oder Insolvenzausfall bilden.

Bei Rechnungsbeträgen unter 5 000 € soll es bei der bisherigen Rechtslage bleiben. Dadurch käme es in Deutschland zu zwei nebeneinander geltenden Umsatzsteuersystemen, deren Anwendung von der Höhe der Rechnung und der Unternehmereigenschaft des Abnehmers abhängig wäre. Es ist verständlich, dass das verwirrende Nebeneinander von Netto- und Bruttopreisen im deutschen Teil des gemeinsamen Binnenmarktes von anderen Mitgliedstaaten abgelehnt wird. Die europarechtlichen Probleme erscheinen jedoch überwindbar, wenn Deutschland den vorsteuerberechtigten Abnehmer nicht mehr zum alleinigen Steuerschuldner machen will, sondern sich mit einer Quellensteuererhebung begnügt. Es könnte allgemein bei Bruttopreisen bleiben. Der Abnehmer würde lediglich mit der Pflicht zur bloßen Zahlung/Entrichtung für die USt seines Lieferanten belegt, so wie ein Arbeitgeber für die Lohnsteuer seiner Angestellten oder die Banken für die Zinsabschlagsteuer ihrer Kunden.

Um die zahlungspflichtigen Abnehmer bei der Begleichung ihrer Rechnungen nicht unzumutbar durch zwei Zahlungsvorgänge zu belasten, müßte allerdings zusätzlich zu den heute üblichen unbaren Zahlungsarten ein mehrwertsteuerbezogenes Überweisungsverfahren eingeführt werden. Dieses wäre durch neu zu schaffende zivilrechtliche Regelungen so auszugestalten, dass ein Kunde seiner Bank zwar nur einen Überweisungsauftrag erteilen muss, dass aber die Empfängerbank des leistenden Unternehmers die von diesem geschuldete Mehrwertsteuer aus dem eingehenden

Rechnungsbetrag sofort abzweigt und an dessen Finanzamt weiterleitet. Um der weiterleitenden Empfängerbank die hierfür notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen, enthalten die Formulare für das mehrwertsteuerbezogene Überweisungsverfahren nicht wie die bisherigen Überweisungsträger nur ein Betragsfeld für den gesamten Überweisungsbetrag, sondern zwei Betragsfelder: ein Entgeltfeld und ein Quellensteuerfeld. Zur Bezahlung von Rechnungen mit gesondertem Mehrwertsteerausweis kann der zahlungspflichtige Kunde in das erstgenannte Feld das dem Leistenden zustehende Nettoentgelt und in das andere Feld den von der Empfängerbank weiterzuleitenden Mehrwertsteuerbetrag eintragen. Leistungsempfänger, die den Quellensteuerbetrag als Vorsteuer geltend machen wollen, sind gesetzlich zur Verwendung des mehrwertsteuerbezogenen Überweisungsverfahrens zu verpflichten.

Das vorgeschlagene Quellensteuerverfahren beruht auf der Fortentwicklung bereits früher angedachter Überlegungen. Es übernimmt die vom Bundesfinanzministerium schon einmal bevorzugte Ist-Versteuerung, bei der die Steuerschuld des Leistenden und der Vorsteueranspruch des Kunden gleichzeitig erst im Zahlungszeitpunkt entstehen. Die neue Steuerzahlungsweise knüpft auch an das schon mehrfach, unter anderem vom ifo Institut, vorgeschlagene Treuhandmodell an. Eine Ist-Versteuerung mit Quellensteuerabzug vermeidet jedoch sowohl die Nachteile dieser bisher abgelehnten Modelle als auch die beim Reverse-Charge-Verfahren drohenden neuen Betrugsmöglichkeiten. Die Überprüfung des Vorsteuerabzugs beim zahlenden Abnehmer wird dem Finanzamt mit Hilfe der beiden Betragsfelder auf den neuen Überweisungsträgern gegenüber der heutigen Rechtslage verstärkt und vereinfacht.

Die Quellensteuererhebung erscheint nicht nur geeignet, um EU-Probleme zu beseitigen, sondern auch um die vom ifo Institut berechneten derzeitigen MwSt-Ausfälle von jährlich ca. 17 Mrd. € zu halbieren bzw. die vom Revers-Charge-Verfahren erwarteten Mehreinnahmen in Höhe von 3,8 Mrd. € mehr als zu verdoppeln. Die Verwirklichung der neuen Erhebungsform wird allerdings nicht unwesentlich davon abhängen, wie sie von den betroffenen Banken beurteilt wird. Ob diese ihre – auch zusätzliche Erträge versprechende – Einschaltung in die Verbesserung des staatlichen MwSt-Aufkommens unterstützen werden und ob man die Kraft zum Umdenken aufbringt, darf mit Spannung erwartet werden.

¹ Stark gekürzte Fassung eines Beitrages im Betriebsberater, 61. Jg., Heft 27, 3. Juli 2006, S. 1481–1484.

* Prof. Dr. W. Christian Lohse ist Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg.

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist durch niedrige Geburtenraten und sinkende Sterblichkeit gekennzeichnet. Bereits seit langem ist bekannt, dass diese Entwicklungen die Bevölkerungsstruktur verändern werden. In Zukunft wird es immer weniger Menschen in Deutschland geben, die im Durchschnitt zudem deutlich älter sein werden als heute. Im vorliegenden Beitrag wird analysiert, wie sich diese demographischen Veränderungen auf das Potential an selbständigen Personen mit Beschäftigten auswirken können. Dafür wird die angebotsseitige Entwicklung der Selbständigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2050 abgeschätzt.

Es ist davon auszugehen, dass die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland in den unterschiedlichsten Bereichen wie den Systemen der sozialen Sicherung oder bei den Staatsfinanzen spürbar sein werden (vgl. Millbradt und Meier 2004). In jüngster Vergangenheit sind die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die Arbeitsmärkte ins Zentrum der Diskussion gerückt (vgl. Dittrich et al. 2004). Im Vordergrund der Betrachtung stehen dabei hauptsächlich die Entwicklung der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Lohnstruktur. Selten wurden in diesem Zusammenhang bisher die Konsequenzen für die Selbständigkeit analysiert. Aber auch hier werden die Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung nicht folgenlos bleiben, denn eine zahlenmäßig kleinere und zudem ältere Bevölkerung bringt auch weniger potentielle Selbständige hervor. Ein lebhaftes Unternehmensgründungsgeschehen ist jedoch wichtig, denn eine »Kultur der Selbständigkeit« ist Voraussetzung für einen funktionierenden Strukturwandel. Strukturwandel, hervorgerufen durch den technologischen Fortschritt und den damit einhergehenden Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen, ist für den Erhalt der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in einer Volkswirtschaft dringend notwendig. Ferner ist das Potential an Selbständigen auch wichtig, um geeignete Nachfolger im Management von existierenden Unternehmen zu finden.

Daher soll in diesem Artikel der Versuch unternommen werden, die langfristige Entwicklung des Potentials an Selbständigen vor dem Hintergrund des demogra-

phischen Wandels zu prognostizieren. Danach wird analysiert, ob die Bevölkerungsentwicklung den Strukturwandel beeinflussen kann.

Das Potential an Selbständigen wird ausschließlich vor dem Hintergrund der angebotsseitigen Folgen des demographischen Wandels geschätzt. Nachfrageseitige Effekte sind hingegen nicht Gegenstand der Analyse. Insofern sind die Ergebnisse als Tendenzaussage zu bewerten. Zu berücksichtigen ist zudem, dass die Zahl der zukünftig Selbständigen auch stark von den politischen Rahmenbedingungen abhängt. Auch Veränderungen dieser Rahmenbedingungen bleiben im Folgenden außer Betracht, sind sie doch aus heutiger Perspektive kaum abzuschätzen.

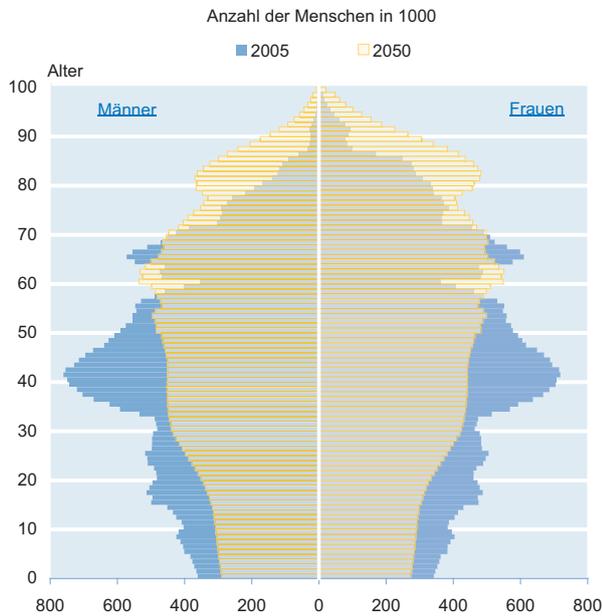
Die Vorausschätzungen basieren einerseits auf den vorliegenden Bevölkerungsprojektionen und andererseits auf einer Abschätzung der Zu- und Abgänge in bzw. aus der Selbständigkeit. Die zugrunde liegenden Berechnungen wurden disaggregiert nach Altersgruppen und Wirtschaftszweigen durchgeführt. Datengrundlage bildete die 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes und der Mikrozensus aus dem Jahr 2003. Die zwei folgenden Abschnitte erläutern zunächst die verwendeten Datenquellen. Anschließend wird auf die Hochrechnungen näher eingegangen.

Entwicklung der Bevölkerung

Die Annahmen für die Entwicklung der Bevölkerung stammen vom Statistischen Bundesamt. Bei einer konstanten Geburtenhäufigkeit von ca. 1,4 Kindern pro Frau, einem jährlichen positiven Wanderungs-

* Mandy Kriese ist Doktorandin in der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. Der Beitrag erschien auch in ifo Dresden berichtet, Nr. 3/2006, S. 35–41.

Abb. 1
Bevölkerungspyramide Deutschlands 2005 und 2050



Quelle: Statistisches Bundesamt (2003).

saldo von 200 000 Menschen und einem Anstieg der Lebenserwartung auf 86,6 (vorher 80,8) Jahre für Frauen und 81,1 (vorher 74,8) Jahre für Männer wird die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten 45 Jahren von 82,8 Mill. auf 74,8 Mill. Menschen schrumpfen. Der Anteil der über 60-Jährigen wird gleichzeitig von einem Viertel auf mehr als ein Drittel ansteigen, während der Anteil der unter 20-Jährigen von einem Fünftel auf ein Sechstel sinken wird.

Für die folgende Untersuchung ist vor allem die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von Bedeutung, also alle Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren. Diese Gruppe machte im Jahr 2005 noch 68,2% der Gesamtbevölkerung aus. Bis zum Jahr 2050 wird ihr Anteil nur noch bei 60,0% liegen. Wird davon ausgegangen, dass es ein typisches Einstiegsalter in die Selbständigkeit gibt, so ist die Verschiebung innerhalb der Altersstruktur der Bevölkerung auch in diesem Kontext relevant. In Abbildung 1 sind die Bevölkerungsstrukturen von 2005 und von 2050 graphisch dargestellt. Am deutlichsten wird der Rückgang in der Gruppe der 35- bis 50-Jährigen. Der Anteil dieser Gruppe an der erwerbsfähigen Bevölkerung lag im Jahr 2005 noch bei 36,0%. Bis zum Jahr 2050 wird diese Gruppe nur noch 30,3% der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmachen.

Erfassung der Selbständigkeit

Soll eine Prognose über das Potential an Selbständigen angefertigt werden, muss bekannt sein, wie viele neue

Selbständige jedes Jahr in einer Volkswirtschaft hinzukommen und wie viele von ihnen ihre Selbständigkeit wieder aufgeben. Gesucht wird also eine detaillierte Gründungsstatistik, die exakt die Neuzugänge in die Selbständigkeit erfasst. Die gibt es für Deutschland bislang nicht (vgl. Fritsch et al. 2003). Es existieren aber einige Datenquellen, aus denen sich Informationen über Gründungen von Betrieben ableiten lassen. Hier sind zum Beispiel die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Gewerbeanzeigenstatistik oder die Mannheimer Gründungspanels des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zu nennen.

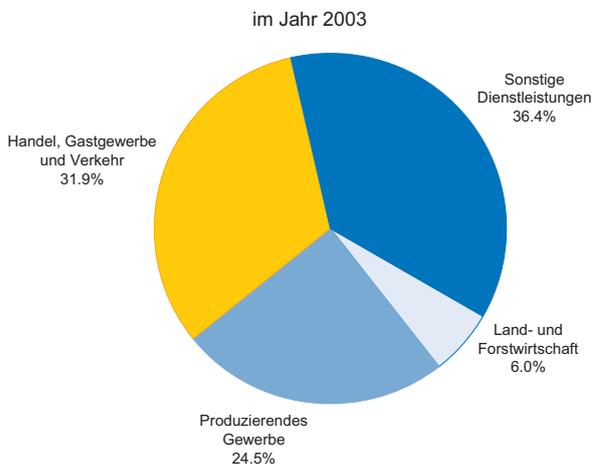
Jede dieser Datenquellen weist gewisse Stärken und Schwächen bei der Erfassung des Gründungsgeschehens auf. Zur Person des Gründers sind lediglich in der Gewerbeanzeigenstatistik (wenige) Merkmale enthalten. Für die vorliegende Untersuchung werden allerdings Informationen über das Alter, in dem Personen üblicherweise eine selbständige Tätigkeit aufnehmen bzw. diese wieder aufgeben, benötigt. Diese Information ist aber keiner dieser Datenquellen zu entnehmen. Auf der Basis des Mikrozensus ist eine solche Schätzung hingegen durchführbar. Aus diesem Grund wurde für die vorliegende Arbeit auf diese Datenquelle zurückgegriffen.

Als Mehrzweckstichprobe erhebt der Mikrozensus u. a. Informationen zur Suche, zur Ausübung und zur Beendigung einer erwerbswirtschaftlichen Selbständigkeit von Männern und Frauen. Er ist zwar nicht als Gründungsstatistik konzipiert, enthält jedoch auch eine Vielzahl von gründungsrelevanten Merkmalen.

Mit Hilfe des Mikrozensus ist es möglich, ein recht genaues Bild der selbständigen Personen zu zeichnen. Als »selbständig« werden im Mikrozensus alle Personen gezählt, die ein Unternehmen oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbständiger Handwerker leiten, freiberuflich tätig sind oder wenn sie Hausgewerbetreibender oder Zwischenmeister sind, mit fremden Hilfskräften in eigener Arbeitsstätte im Auftrag von Gewerbetreibenden Arbeit an Heimarbeiter weitergeben oder Waren herstellen und bearbeiten. Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbständig disponieren können (z.B. selbständige Filialleiter) zählen hingegen nicht dazu (vgl. Statistisches Bundesamt 2004).

Die Teilnehmer am Mikrozensus werden nach ihrem Status im Beruf befragt. Es gibt dabei die Unterscheidung zwischen Selbständigen mit Beschäftigten und Selbständigen ohne Beschäftigten. Da davon ausgegangen wird, dass die Impulse von Klein- und Kleinstunternehmen für Strukturwandel, Innovationen und Wachstum in der Gesamtwirtschaft vergleichsweise gering sind, wird auf die Untersuchung von

Abb. 2
Selbständige mit Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftszweigen



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts; Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

Selbständigen ohne Beschäftigten verzichtet. Aus denselben Gründen wird auch darauf verzichtet, die Selbständigkeit im Nebenerwerb zu betrachten. Die folgenden Überlegungen beziehen sich insofern allein auf Selbständige mit Beschäftigten.

Bestand im Jahr 2003

Um einen Eindruck von den hier untersuchten Größenordnungen zu vermitteln, werden zuerst die Bestandszahlen aus dem Jahr 2003 vorgestellt.

Im Jahr 2003 gab es 1,8 Mill. selbständige Personen mit Beschäftigten in Deutschland. Die Verteilung der Selbständigen auf die einzelnen Wirtschaftszweige ist in Abbildung 2 dargestellt. Von allen Selbständigen mit Beschäftigten sind mit 36,4% die meisten bei den Sonstigen Dienstleistungen vorzufinden, mit 6,0% sind die wenigsten in der Land- und Forstwirtschaft.

Prognoseergebnisse

Nachdem der Bestand an Selbständigen mit Beschäftigten für das Jahr 2003 bekannt ist, ergibt sich die Frage nach der Entwicklung des Bestandes im Prognosezeitraum.

Prinzipiell ergibt sich die Zahl der Selbständigen eines Jahres jeweils aus den Selbständigen des Vorjahres plus Zugänge abzüglich Abgänge. Deshalb erfolgt die Analyse in drei Schritten. Im ersten Schritt werden die Zugänge prognostiziert. Mit deren Hilfe können dann Rückschlüsse auf die Abgänge gezogen werden. Schließlich kann das Potential an Selbständigen insgesamt prognostiziert werden.

Zugänge in die Selbständigkeit

Zu den Zugängen werden alle Teilnehmer des Mikrozensus gezählt, die sich im Jahr vor der Befragung selbständig gemacht haben und dabei Beschäftigte hatten. Für die vorliegende Untersuchung wird davon ausgegangen, dass sich die Eintrittswahrscheinlichkeiten in die Selbständigkeit in den einzelnen Altersklassen und Sektoren über den Prognosezeitraum hinweg nicht verändern. Diese Annahme basiert auf der Überlegung, dass in jedem Jahr potentiell der gleiche Bevölkerungsanteil in jeder Altersgruppe überhaupt den Mut zur Übernahme unternehmerischen Risikos aufbringen wird.

Die Berechnung erfolgt in mehreren Schritten. Zuerst werden alle Zugänge in die Selbständigkeit und alle Teilnehmer des Mikrozensus 2003 ihren entsprechenden Altersgruppen und Wirtschaftszweigen zugeordnet. Dadurch kann, indem die Anzahl der Zugänge durch die Anzahl der Gesamtteilnehmer geteilt wird, in einem zweiten Schritt für jede einzelne Gruppe die Eintrittswahrscheinlichkeit in die Selbständigkeit berechnet werden. In einem dritten Schritt wird berechnet, wie hoch die Anteile der Bevölkerung sind, die in den einzelnen Wirtschaftszweigen arbeiten. So können in einem vierten Schritt mit Hilfe der Bevölkerungsprognose die Zugänge in die Selbständigkeit mit Beschäftigten für jede einzelne Gruppe bestimmt werden. Für das Jahr 2003 ergibt das einen Wert von 78 000 Personen.

Die Prognose der Zugänge in die Selbständigkeit erfolgt durch Multiplikation der Eintrittswahrscheinlichkeiten aus dem Jahr 2003 mit den Werten der Bevölkerungsfortschreibung des jeweiligen Prognosejahres. Die Zahl der Zugänge in die Selbständigkeit wird der Prognose zur Folge im Jahr 2050 bei ca. 58 000 liegen. Dies ist verglichen mit 2003 ein Rückgang von etwa 25,7%.

Abgänge aus der Selbständigkeit

Bevor Aussagen über den zukünftigen Bestand an Selbständigen getroffen werden können, ist die Prognose der Abgänge aus der Selbständigkeit notwendig.

Zu den Abgängen zählen alle Personen, die im Vorjahr selbständig mit Beschäftigten gewesen sind, im Jahr der Mikrozensusbefragung hingegen nicht mehr selbständig waren. Da in dieser Untersuchung nur die Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren berücksichtigt wird, zählen auch alle über 65-jährigen Menschen zu den Abgängen. Diese Annahme ist vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung im Allgemeinen und der Nachfolgeproblematik bei Selbständigen im Speziellen etwas problematisch: Es

ist durchaus möglich, dass eine selbständige Person bis zu ihrem 70. Lebensjahr und darüber hinaus arbeitet. Gesetzliche Regelungen, wie zum Beispiel die Erhöhung des Renteneintrittsalters, spielen für diese Personengruppe eine untergeordnete Rolle. Die Suche nach dem geeigneten Nachfolger führt dagegen für viele Selbständige zu Verzögerungen bei der Beendigung ihrer Tätigkeit. Es ist zudem unklar, wie sich die steigende Lebenserwartung auf die Dauer der aktiven Selbständigkeitsphase im Lebenszyklus auswirken wird. Da diese Problematik noch einer näheren Analyse bedarf, wird der Fokus der aktuellen Untersuchung hauptsächlich auf die unter 65-jährigen Personen gelegt.

Für das Basisjahr (2003) werden die Abgangsraten aus der Selbständigkeit berechnet, indem die absolute Anzahl der Abgänge im Laufe des Jahres 2003 durch die Anzahl der Selbständigen in der jeweiligen Gruppe geteilt wird. Da annahmegemäß auch die über 65-Jährigen aus der Selbständigkeit ausscheiden, müssen die Abgänge noch um die 65-jährigen Selbständigen des Vorjahres ergänzt werden. Im Jahr 2003 gab es insgesamt 55 000 Abgänge aus der Selbständigkeit.

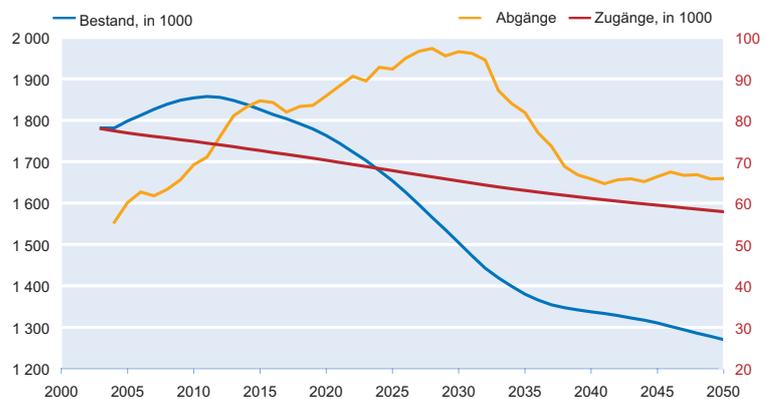
Zur Prognose der Abgänge aus der Selbständigkeit werden die Abgangswahrscheinlichkeiten aus dem Mikrozensus 2003 für die einzelnen Altersgruppen und Wirtschaftszweige konstant gehalten und in jedem Jahr mit dem Wert der Bevölkerungsprognose der jeweiligen Gruppe multipliziert. Zu dem Ergebnis werden danach die 65-jährigen Selbständigen des Vorjahres, die annahmegemäß ausscheiden, hinzuaddiert. Die Zahl der Abgänge aus der Selbständigkeit wird der Prognose zufolge im Jahr 2050 bei ca. 66 000 liegen. Das ist verglichen mit dem Jahr 2004 ein Anstieg von fast 20%.

Bestand an Selbständigen

Die Prognose der Selbständigkeit bis zum Jahr 2050 erfolgt auf Basis der Zugänge in sowie der Abgänge aus der Selbständigkeit für jedes Jahr getrennt nach Wirtschaftszweigen und Altersgruppen. Die Zahl der Selbständigen in Periode $t + 1$ ergibt sich dabei aus den Selbständigen in Periode t , die eine Altersgruppe jünger sind, zuzüglich den Zugängen, abzüglich der Abgänge in der Periode $t + 1$.

Insgesamt wird es im Jahr 2050 etwa 1,3 Mill. Selbständige mit Beschäftigten geben. Dies entspricht einem Rückgang um 28,7% gegenüber dem Basisjahr 2003, in dem es noch etwa 1,8 Mill. Selbständige mit Beschäftigten gab (vgl. Abb. 3).

Abb. 3
Zugänge, Abgänge und Bestand an Selbständigen mit Beschäftigten von 2003 bis 2050



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts; Statistisches Bundesamt (Mikrozensus), 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung.

Allerdings geht aus Abbildung 3 hervor, dass dieser Rückgang erst ab dem Jahr 2012 einsetzen wird. Vorher wird die Gesamtzahl der Selbständigen mit Beschäftigten sogar leicht ansteigen. Etwa ab dem Jahr 2033 wird der Rückgang dann leicht gedämpft verlaufen. Dieser letzte Effekt ist auch der Grund, warum der Prognosezeitraum so groß gewählt wurde. Zwar ist bis 2050 die Zahl der Selbständigen nicht zuverlässig zu prognostizieren, doch zeigt sich an Abbildung 3 sehr deutlich, dass sich die rasche Abnahme der Selbständigen in den Jahren 2015 bis 2030 nicht in dem Maße fortsetzen wird.

Zu Beginn des Prognosezeitraums wird die Zahl der Zugänge in die Selbständigkeit größer sein als die Zahl der Abgänge. Diese Konstellation wird zu einem Anstieg der selbständigen Personen mit Beschäftigten führen, weil in den nächsten Jahren noch bevölkerungsstarke Jahrgänge in ihre gründungsaktive Phase kommen und zugleich die altersbedingten Abgänge niedrig sind. Ab 2013 werden während des gesamten Prognosezeitraums die Abgänge aus der Selbständigkeit gegenüber den Zugängen in die Selbständigkeit überwiegen, so dass die Selbständigen insgesamt zurückgehen. Dieser Rückgang wird in zwei Etappen verlaufen. Bis etwa zum Jahr 2030 wird der Bestand an selbständigen Personen sehr schnell zurückgehen. Danach wird sich die Geschwindigkeit des Rückgangs verringern. Hier spiegeln sich Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur wider: Bis etwa zum Jahr 2030 werden die Abgänge aus der Selbständigkeit stark zunehmen. Diese Zunahme fällt in den Zeitraum, in dem auch die stark besetzten Jahrgänge der Baby-Boom-Generation ihr 65. Lebensjahr vollenden und somit aus der Betrachtung hier herausfallen werden. Wenn diese Generation aus der betrachteten Altersgruppe ausgeschieden sein wird, wird die Anzahl der Abgänge aus der Selbständigkeit ebenfalls rückläufig sein. Das führt dazu, dass der Rückgang der Selbständigen mit Beschäftig-

ten nach 2030 nicht mehr ganz so schnell verlaufen wird.

Das Durchschnittsalter der Selbständigen wird bis 2050 insgesamt von 45,9 auf 49,0 Jahre, um 3,1 Jahre ansteigen. Allerdings ist zu beachten, dass in dieser Untersuchung nur die 15- bis 65-jährigen Personen betrachtet werden. Somit ist es aus den oben beschriebenen Gründen wahrscheinlich, dass in der vorliegenden Untersuchung das Durchschnittsalter der Selbständigen insgesamt im Jahr 2050 unterschätzt wird.

Kann die Verschiebung der Altersstruktur den Strukturwandel beeinflussen?

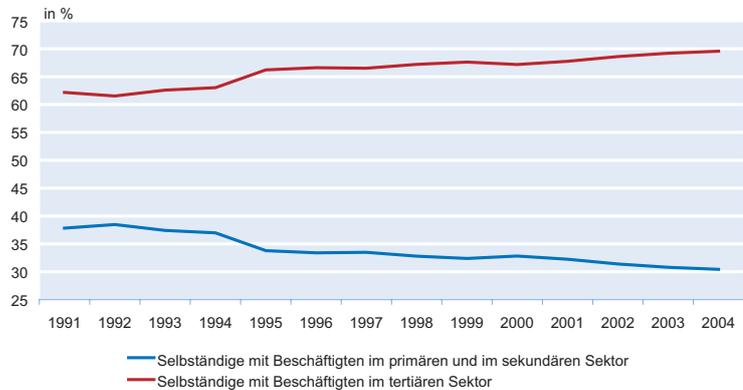
Die Berechnungen haben gezeigt, dass das Potential an Selbständigen insgesamt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen wahrscheinlich deutlich zurückgehen wird. An dieser Stelle schließt sich unmittelbar die Frage an, ob allein der Rückgang der Selbständigen und die Verschiebung der Altersstruktur auch Auswirkungen auf die Branchenstruktur haben können.

Dass sich bei der Selbständigkeit in den letzten Jahren enorme Umbrüche vollzogen haben, wird in Abbildung 4 deutlich. Hier ist die Entwicklung der Anteile der Selbständigen in den einzelnen Sektoren in der Vergangenheit dargestellt. Der Anteil der Selbständigen mit Beschäftigten im tertiären Sektor nahm von 62,2% im Jahr 1991 auf 69,5% im Jahr 2004 zu.

Der Strukturwandel hin zu einem stärkeren Dienstleistungssektor ist wenig überraschend. Schon entwickelte im Jahr 1954 die Drei-Sektoren-Hypothese, die unter anderem besagt, dass Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen den Hauptanteil ihres Gesamteinkommens im Tertiärsektor (also dem Dienstleistungssektor) erwirtschaften. Bei Fortschreibung des sich in Abbildung 4 abzeichnenden Trends würde sich eine weitere Stärkung des Dienstleistungssektors ergeben.

Die wesentlichen Effekte des demographie-induzierten Strukturwandels werden sich vermutlich aus der Verschiebung der Nachfragestruktur (z.B. Pflegedienstleistungen) ergeben. Doch auch die Veränderungen in der Altersstruktur könnten den Strukturwandel beeinflussen, wenn die Altersstruktur der Zugänge und Abgänge zwischen den einzelnen Branchen sehr stark variiert. Das ist, wie aus der Tabelle zu entnehmen, eher nicht der

Abb. 4
Vergleich der Anteile der Selbständigen im primären und sekundären mit dem tertiären Sektor von 1991 bis 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt (2005).

Fall. Dort ist das Durchschnittsalter der Zugänge und der Abgänge mit der dazugehörigen Standardabweichung jeweils für das Jahr 2003 eingetragen.

Die Unterschiede im Durchschnittsalter der Zugänge in die Selbständigkeit sind eher gering. Am ältesten sind die Zugänge bei den Sonstigen Dienstleistungen mit 38,6 Jahren. Am jüngsten sind sie in der Land- und Forstwirtschaft mit 36,6 Jahren, die Standardabweichung ist dort mit 10,0 Jahren in diesem Wirtschaftszweig aber auch am höchsten. Je stärker die Streuung der Zugänge, desto weniger ist eine Branche kurzfristig von der Verschiebung der Altersstruktur betroffen, d.h. die Übergänge verlaufen glatter.

Das Durchschnittsalter der Abgänge aus der Selbständigkeit variiert noch stärker, als das der Zugänge. Hier liegt die Streuung immer zwischen elf und zwölf Jahren. Trotzdem liegt das durchschnittliche Alter der Abgänge in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen recht nahe beieinander.

Durchschnittsalter und Standardabweichung der Zu- und Abgänge für das Jahr 2003

Wirtschaftszweig	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Sonstige Dienstleistungen
Zugänge				
Mittelwert	36,6	38,2	37,3	38,6
Standardabweichung	10,0	9,6	9,8	7,8
Abgänge				
Mittelwert	47,4	46,4	46,4	45,5
Standardabweichung	11,9	11,3	11,0	12,1

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts; Statistisches Bundesamt (Mikrozensus).

Diese eher kleinen Unterschiede im Durchschnittsalter der Zu- und Abgänge in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen führen dazu, dass der Einfluss der demographischen Entwicklung auf den Strukturwandel eher gering anzusetzen ist. Strukturwandel in einer Volkswirtschaft wird hauptsächlich von der Nachfrageseite bestimmt. Da hier jedoch nur die Angebotsseite untersucht wird, ist eine verlässliche Prognose der Branchenstruktur in diesem Zusammenhang unter diesen Voraussetzungen nicht möglich.

Fazit

Im vorliegenden Beitrag wurde analysiert, wie sich demographische Veränderungen auf das Potential an selbstständigen Personen mit Beschäftigten auswirken können. Dafür wurde die angebotsseitige Entwicklung der Selbständigkeit in Deutschland bis zum Jahr 2050 abgeschätzt.

Der Artikel gibt Antwort auf eine ganz spezifische Frage: Was würde passieren, wenn für die Entwicklung der Selbständigkeit nur die demographische Veränderung der Bevölkerung verantwortlich wäre?

Das Potential an selbständigen Personen wird aufgrund der schrumpfenden und alternden Bevölkerung rückläufig sein. Gab es im Jahr 2003 noch etwa 1,8 Mill. Selbständige mit Beschäftigten, werden es im Jahr 2050 noch 1,3 Mill. sein. Das entspricht einem Rückgang von 28,7%.

Allerdings reicht die alleinige Betrachtung demographischer Veränderungen nicht aus, wenn ein umfassendes Bild der Selbständigkeit von morgen wiedergegeben werden soll. Einige Effekte, die in dieser Untersuchung nicht erfasst werden, sind zum Beispiel:

1. Es ist möglich, dass sich das durchschnittliche Eintrittsalter in die Selbständigkeit aufgrund der steigenden Lebenserwartung erhöhen wird. Ausschlaggebend für die Entscheidung »Selbständigkeit« vs. »Abhängige Beschäftigung« ist der Barwert der erwarteten Zukunftserträge. Dieser Barwert steigt mit einer längeren Verweildauer in der Selbständigkeit natürlich an.
2. Wie bei der Prognose der Abgänge aus der Selbständigkeit bereits erörtert, gelten gesetzliche Regelungen wie das Renteneintrittsalter für selbständige Personen nicht. Also können sich aufgrund der Nachfolgeproblematik sowie aufgrund der steigenden Lebenserwartungen auch bei den Abgangswahrscheinlichkeiten aus der Selbständigkeit Veränderungen ergeben.
3. Um ein vollständiges Bild der Entwicklung der Selbständigkeit wiedergeben zu können, müssen auch Nachfrageeffekte und gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen modelliert werden.

Literatur

- Dittrich, M. et al. (2004), *Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt*, ifo dresden studien 36, ifo Institut, Dresden, München.
- Fourastié, J. (1954), *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln.
- Fritsch, M. et al. (2003), »Die statistische Erfassung von Gründungen in Deutschland – Ein Vergleich von Beschäftigtenstatistik, Gewerbeanzeigenstatistik und den Mannheimer Gründungspanels«, *Allgemeines Statistisches Archiv* 86, 87–96.
- Milbradt, G. und J. Meier (Hrsg., 2004), *Die demographische Herausforderung – Sachsens Zukunft gestalten*, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Mittelstandsmonitor (2005), *Den Aufschwung schaffen – Binnenkonjunktur und Wettbewerbsfähigkeit stärken*, Jährlicher Bericht zu Konjunktur- und Strukturfragen kleiner und mittlerer Unternehmen, IfM Bonn; RWI Essen; ZEW; KfW Bankengruppe; Creditreform.
- Statistisches Bundesamt (2003), *Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung*, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004), *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit, Ergebnisse des Mikrozensus 2003, Allgemeine und methodische Erläuterungen*, Fachserie 1/Reihe 4.1.1.
- Statistisches Bundesamt (2005), *Gendermonitor Existenzgründung 2004, Existenzgründung im Kontext der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland, Eine Strukturanalyse von Mikrozensusergebnissen*, Bonn.

Erich Gluch und Erik Hornung

Nach den aktuellen Prognosen, die auf der 61. Euroconstruct-Konferenz¹ in Amsterdam im Juni vorgetragen wurden, hat sich die Stimmung im Bausektor deutlich aufgehellt. War man vor einem halben Jahr noch von einer Zunahme der Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1,5% ausgegangen, so wurden in den meisten Ländern die Prognosen weiter angehoben. Für das laufende Jahr wird nun eine Erhöhung des europäischen Bauvolumens um 2,6% erwartet. Angetrieben wird diese Entwicklung vom Wohnungsbau und Tiefbau.

2007 und 2008 wird sich das Wachstum leicht abschwächen und jeweils nur noch knapp 2% erreichen. Der stärkste Dämpfer kommt dabei vom Wohnungsneubau, da in drei großen Ländern – Frankreich, Italien und Spanien – die Nachfrage nach neuen Wohnungen spürbar zurückgehen wird. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei die kräftige Steigerung der Immobilienpreise im Verlauf der letzten Jahre in diesen Ländern.

Im Zentrum aller Euroconstruct-Konferenzen stehen die Analyse und Prognose der Bautätigkeit in Europa. Mit ihren 19 Expertenzentren in den jeweiligen Teilnehmerländern² stellt dieser Verbund ein einzigartiges Instrument mit einer bereits über 30-jährigen Geschichte dar. Gestützt auf die aktuellsten Statistiken sowie umfangreiches Expertenwissen, wurden auf der Konferenz in Amsterdam Prognosen bis zum Jahr 2008 vorgelegt. Bei der Darstellung der realen Veränderungsdaten wurde als Preisbasis jeweils das Jahr 2005 gewählt.

Prognosen für 2006 kräftig angehoben

Nach einem Anstieg um 2,2% im Jahr 2004 wuchs der gesamte Bausektor in den 19 analysierten Ländern in Europa im letzten Jahr noch um 1,5%. In einem ähnlichen Ausmaß (1,6%) erhöhte sich im selben Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt dieser Länder. Die Erwartungen für 2006 sind aber wieder sehr hoch gesteckt. Im Vergleich zur Konferenz in Barcelona im November 2005 wurden die Prognosen stark nach oben korrigiert: 14 Teilnehmerländer steigerten ihre Erwartungen, zwei ließen ihre Prognosen unverändert, und nur drei Länder senkten sie. In der Summe aller Prognosen für die drei Bausparten ergab sich nunmehr ein Anstieg der Bauaktivitäten um gut 2 1/2%. Der Gesamtwert der Bauinvestitionen wird danach in diesem Jahr nahezu 1,3 Bill. € erreichen. Auf der Winterkonferenz in Barcelona gingen die Experten noch davon

aus, dass sich das gesamte Bauvolumen im Euroconstruct-Gebiet im Jahr 2006 lediglich um rund 1 1/2% erhöhen wird.

Die drei Teilsparten Wohnungsbau, Nichtwohnhochbau (gewerblicher und öffentlicher Hochbau) und Tiefbau entwickelten sich in den letzten Jahren sehr heterogen. Beim Nichtwohnhochbau waren im Zeitraum 2003 bis 2005 nur verhältnismäßig bescheidene Veränderungen zu verzeichnen. Dies wird sich allerdings in diesem Jahr ändern. Der prognostizierte Anstieg der Investitionen in dieser Sparte um 1,9% ist in erster Linie auf die verbesserte gesamtwirtschaftliche Situation in Europa zurückzuführen.

¹ Das europäische Forschungs- und Beratungsnetzwerk »Euroconstruct« wurde 1975 gegründet. Basierend auf jahrelanger Erfahrung und Weiterentwicklung kooperieren in diesem Verbund Institute mit spezifischem Know-how im Bau- und Immobiliensektor aus 15 westeuropäischen sowie 4 mittelosteuropäischen Ländern; weitere europäische Länder werden »nachrichtlich« einbezogen. Mit der Parallelorganisation »Asiaconstruct« bestehen enge Kooperationsbeziehungen. An wechselnden Orten in Europa veranstaltete Halbjahreskonferenzen bilden den Kern der Euroconstruct-Aktivitäten; außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu den Strukturveränderungen im europäischen Bausektor erstellt. Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut des Netzwerks. In dieser Funktion wird es die 62. Euroconstruct-Konferenz am 1. und 2. Dezember in München ausrichten. Informationen zum Programm und die Anmeldeunterlagen finden Interessenten im Internet unter oder www.euroconstruct.org.

² Das Euroconstruct Netzwerk umfasst derzeit außer den Ländern der »alten« Europäischen Union – ohne Griechenland und Luxemburg – auch die Nicht-EU-Länder Norwegen und Schweiz (insgesamt 15 westeuropäische Staaten) sowie vier mittelosteuropäische (»neue«) EU-Länder (vgl. auch die Länderliste in Tab. 1).

Die Baunachfrage wird in den darauf folgenden Jahren 2007 und 2008 im gewerblichen und öffentlichen Hochbau in den meisten Ländern um durchschnittlich 1 bis 2% p.a. zunehmen. Eine weiterhin deutlich erhöhte Investitionstätigkeit wird es in dieser Sparte vor allem in Irland geben, da weitere Unternehmensansiedlungen die Nachfrage antreiben. Demgegenüber werden die Bauleistungen in Finnland und Norwegen, insbesondere aber in Portugal, im Jahr 2008 sogar niedriger sein als 2006.

Großbritannien »klotzt« bei Investitionen im Bildungssektor

Der Nichtwohnhochbau spielt vor allem in Großbritannien eine wesentliche Rolle. Von allen in dieser Sparte im gesamten Euroconstruct-Gebiet getätigten Investitionen entfallen 22% allein auf das Vereinigte Königreich – obwohl der Anteil dieses Landes am gesamten Bausektor Europas nur knapp 15% beträgt. Nach einem geringfügigen Rückgang im Jahr 2005 wird sich der Nichtwohnhochbau dort wieder erholen und in den Jahren 2007 und 2008 ein Wachstum von jeweils rund 3% aufweisen. Umfangreiche Investitionen werden dabei, neben weiterhin hohen Aktivitäten bei Büro- und Handelsgebäuden, im Bildungssektor getätigt. Über private Finanzierungs- oder Betreibermodelle werden in den nächsten Jahren viele der völlig überalterten Schulen umfassend saniert bzw. neu erstellt. Der gesamte Nichtwohnhochbau wird sich im Prognosezeitraum 2006 bis 2008 im Durchschnitt der 19 analysierten Länder um rund 2% p.a. erhöhen.

Der bereits angesprochene optimistischere Ausblick für den gesamten Bausektor in diesem Jahr ist ganz wesentlich auf eine sichtlich günstigere Einschätzung des Wohnungsbaus zurückzuführen. So wurden die Prognosewerte für den Wohnungsbau spürbar angehoben, nämlich von bislang durchschnittlich 0,8 auf 2,7%. Der eigentliche Effekt wird jedoch noch deutlicher, wenn man zusätzlich nach Neubauten einerseits und Bestandsmaßnahmen andererseits differenziert. Die Prognosen für die Modernisierungs- und Renovierungsarbeiten wurden nämlich nur unwesentlich verändert. Die Prognose für die Wohnungsneubauten »explodierte« dagegen förmlich von – 0,3% auf nunmehr 3,5%.

Besonders stark prägten diese Korrektur die »Schwergewichte« Deutschland und Frankreich. Für diese beiden Länder wurden die Prognosen für den Wohnungsneubau von

– 2,1 auf 1,2% bzw. von 2,5 auf 4,7% angehoben. Da diese beiden Länder bereits etwa ein Drittel der Investitionen zum gesamten Wohnungsneubauvolumen beisteuern, konnte selbst eine kleine Korrektur »nach unten« für Portugal spielend wettgemacht werden.

Verbessertes konjunkturelles Klima kommt auch dem Wohnungsbau zugute

Derart signifikante Änderungen erfolgen bei Prognosen recht selten. Es ist daher nicht uninteressant, die wesentlichen Gründe hierfür anzusprechen. Danach sind für die Korrekturen vor allem folgende positive Einflüsse verantwortlich:

- ein sichtlich verbessertes konjunkturelles Klima – trotz hoher Ölpreise,
- verbesserte Aussichten auf den Arbeitsmärkten, verbunden mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosenquoten,

Veränderung des realen gesamten Bau- sowie Wohnungsbauvolumens^{a)} in Europa^{b)} im Jahr 2006
Vergleich der Prognosen der Konferenzen Barcelona und Amsterdam

Land	Bau insgesamt		Wohnungsbau	
	Barcelona	Amsterdam	Barcelona	Amsterdam
Belgien	4,2	6,4	4,3	7,2
Dänemark	1,5	1,5	1,7	1,8
Deutschland	– 1,3	1,2	– 2,1	1,2
Finnland	2,9	3,6	3,8	7,5
Frankreich	2,5	3,7	2,5	4,7
Großbritannien	0,8	1,5	0,2	1,4
Irland	– 1,0	5,7	– 4,4	3,9
Italien	0,5	– 0,3	– 0,1	0,6
Niederlande	3,4	4,0	5,0	5,3
Norwegen	1,4	5,4	– 0,4	4,6
Österreich	2,0	2,5	1,9	1,9
Polen	8,9	8,9	3,3	3,1
Portugal	– 3,7	– 3,2	– 3,0	– 2,0
Schweden	5,1	6,8	5,0	7,0
Schweiz	0,5	1,7	– 1,3	0,9
Slowakei	5,0	9,0	4,3	10,7
Spanien	3,7	4,4	3,5	4,2
Tschechien	5,7	4,8	7,9	7,2
Ungarn	6,7	5,1	3,9	4,3
Europa (EC-19)	1,5	2,6	0,8	2,7

^{a)} Breite Abgrenzung des Bauvolumens; in Preisen des Basisjahres 2005. – ^{b)} Euroconstruct-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder (= EC-19).

Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Amsterdam, Juni 2006).

- ein weiterhin relativ niedriges Zinsniveau – trotz eines leichten Zinsanstiegs,
- ein verbreitetes Angebotsspektrum der Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. Hypotheken mit bis zu 50 Jahren Laufzeit in Frankreich),
- Präferenzverschiebung zugunsten von Eigentum gegenüber dem Wohnen »zur Miete« (z.B. in Finnland und Italien),
- verstärkte Zuwanderung, insbesondere aus anderen EU-Ländern (z.B. in Irland, Italien und Österreich),
- Liberalisierung der Zweitwohnungsgenehmigungen (z.B. in Dänemark) und
- Wegfall der Eigenheimzulage (führt zu kurzzeitigem Anstieg der Neubauaktivitäten in Deutschland).

Die langfristigen Zinsen befinden sich in den Euro-Ländern bereits seit einigen Jahren auf einem relativ niedrigen Niveau. Dies war vor der Einführung des Euro noch nicht der Fall. So lagen beispielsweise noch Mitte der neunziger Jahre in Italien und Spanien die langfristigen Zinsen bei rund 12% – fast doppelt so hoch wie in Deutschland. Das nachhaltig niedrigere Zinsniveau hatte einen überaus positiven Einfluss auf die Wohnungsnachfrage, vor allem in Spanien. Die deutlich geringeren Kreditkosten stimulierten in den ehemaligen »Hochzins-Ländern« in den letzten Jahren die Wohnungsmärkte in diesen Ländern ganz erheblich, was sich nicht nur in einem spürbaren Anstieg der Nachfrage, sondern auch in kräftigen Preiserhöhungen bemerkbar machte.

Mögliche Zinssteigerung als Wachstumsbremse

Nach der leichten Erhöhung der langfristigen Zinsen im Verlauf des Jahres 2006 erwarten die meisten Experten eine weitere Steigerung in den beiden darauf folgenden Jahren. Aber auch viele Nichtmitglieder der Währungs-

union orientieren sich an den Vorgaben der Europäischen Zentralbank (EZB). Die mittelosteuropäischen Länder verzeichneten in den letzten Jahren noch deutlich höhere Zinssätze als die Länder der Eurozone, allerdings mit einer deutlich sinkenden Tendenz. Im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Ländern dürfte in den mittelosteuropäischen Ländern die Tendenz sinkender Zinsen anhalten. Hier wird, mit Ausnahme der Slowakei, eine Konvergenz bei rund 5½% bis 2008 erwartet. Die prognostizierten Veränderungen bei den langfristigen Zinsen dürften demzufolge bis 2008 zu einer Belastung für die Wohnungsnachfrage werden. »Dämpfer« werden vor allem in Italien und Spanien erwartet.

Wie in Deutschland ist es in vielen Ländern üblich, Wohnungsbaukredite mit festen Zinssätzen für eine bestimmte Laufzeit zu vergeben. Doch gibt es auch Länder, in denen Darlehen mit einem variablen Zinssatz die Wohnungsbaufinanzierung dominieren. Die Zinsen für diese Darlehen, die besonders häufig in Irland, Spanien und Großbritannien Anwendung finden, richten sich am kurzfristigen Zins aus. Eine Anhebung der Leitzinsen durch die EZB hat und wird demzufolge auch zukünftig unmittelbar die laufenden Wohnungsbaukredite in Irland und Spanien tangieren. Wie die Vergangenheit zeigt, waren diese Wohnungsbaumärkte besonders gefährdet in Phasen steigender Zinsen.

Auch das schwache Einkommenswachstum, verursacht durch hohe Arbeitslosigkeit in vielen der 19 Euroconstruct-Länder, dämpft eher die Nachfrage. Vor allem junge Menschen, mit dem höchsten Potential für einen Ersterwerb, sind oft davon betroffen. Die großen Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, mit Ausnahme Großbritanniens, werden – trotz einer leicht rückläufigen Tendenz – auch noch mittelfristig unter hoher Arbeitslosigkeit leiden und aufgrund ihres Gewichts die Entwicklung des Wohnungsbaus in Europa dadurch eher dämpfen. In Frankreich könnte das

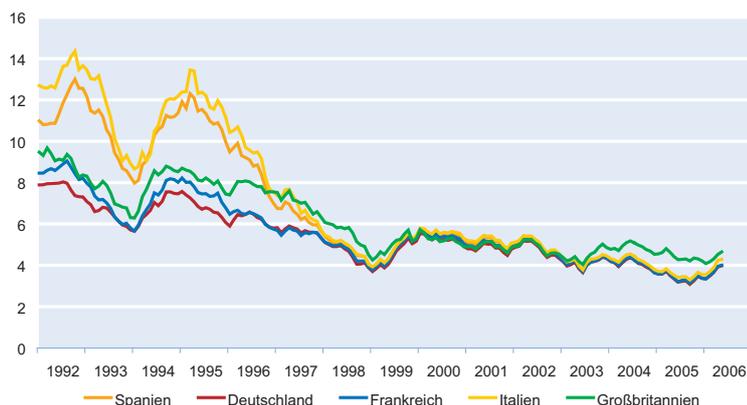
Robien-Gesetz, das einen gelockerten Kündigungsschutz ermöglicht, dazu führen, dass insbesondere Berufsanfänger aufgrund von erhöhter Arbeitsplatzunsicherheit eventuell geplante Investitionen aufschieben.

Deutschland: Schlusslicht bei den Immobilienpreisen

In den meisten europäischen Ländern sind zudem in den vergangenen Jahren die Immobilienpreise stärker gestiegen als die Einkommen. Auch diese Entwicklung wurde durch die vergleichsweise niedrigen Zinsen begünstigt. In 12 von 18 untersuchten europäischen Ländern stiegen die Hauspreise 2005 um mehr als 7% (vgl. Royal Institute of Chartered Surveyors 2006). Allein in

Abb. 1

Entwicklung der langfristigen Zinsen der "großen fünf" Länder Europas 1992 bis 2006



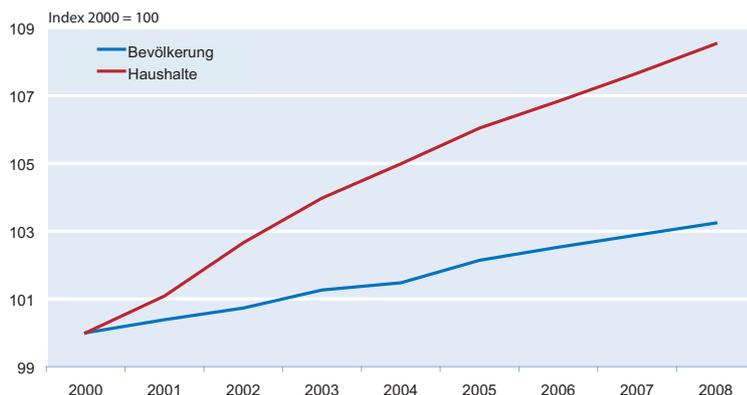
Quelle: EcoWin – Zehn-Jahres-Anleihen, monatlich.

Deutschland war keine Belebung bei den Preisen zu verzeichnen. Die Experten gehen davon aus, dass sich bereits 2006 der Preisanstieg merklich abflachen wird. Es dürfte zwar zu keinem Preisverfall kommen, doch scheint vorerst das »Ende der Fahnenstange« erreicht sein.

Ein deutlich stimulierender Faktor bei der starken Belebung der Wohnungsnachfrage in einigen Ländern war die Zunahme der Zahl der Haushalte in den letzten Jahren. Sie resultierte fast überall, da sich die Bevölkerung nur marginal erhöhte, aus einer Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße. Diese Entwicklung wird sich allerdings in den nächsten Jahren verlangsamten. Die Stimulierung der Nachfrage – und der Preise – wird dadurch abgeschwächt. Lediglich in den mittel- und osteuropäischen Ländern kann durch die stark wachsenden Einkommen weiter mit hoher Nachfrage – und steigenden Preisen – gerechnet werden.

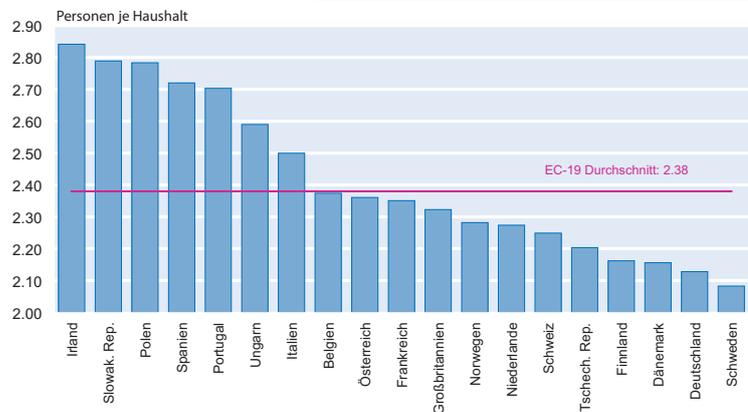
Ein Schlüsselfaktor der Nachfrage im Wohnungsbau sind nationale Verhaltensweisen und Gewohnheiten in Bezug auf den Erwerb von Wohneigentum. Im europäischen Durchschnitt liegt die Wohneigentumsquote bei ca. 63%. Diese Quote differiert jedoch stark zwischen den 19 Euroconstruct-Ländern. Den Schlusslichtern Deutschland (45%) und Schweiz (35%) stehen Großbritannien, Irland, Italien, Norwegen, Portugal, Spanien und Ungarn mit einem Anteil von über 70% an Wohneigentum gegenüber. Diese Quoten werden sich in den nächsten Jahren kaum verändern. Mit Ausnahme von Norwegen verzeichnen aber alle 19 Länder leicht steigende Quoten, mit dem höchsten Anstieg in Italien.

Abb. 2
Entwicklung der Bevölkerung und der Haushalte in den 19 Euroconstruct-Ländern, 2000 bis 2008^{a)}



^{a)} Bis 2005: Istwerte 2006: Schätzwert, 2007 und 2008: Prognose.
Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Amsterdam, Juni 2006).

Abb. 3
Durchschnittliche Haushaltsgröße in den 19 Euroconstruct-Ländern^{a)} 2006



^{a)} Schätzwert der jeweiligen Teilnehmerinstitute.
Quelle: Euroconstruct/ifo Institut (Amsterdam, Juni 2006).

Die in der letzten Zeit verstärkte öffentliche Diskussion um die demographische Entwicklung in Deutschland wird von den am Wohnungsbau Beteiligten noch relativ gelassen gesehen. Denn der Stagnation der Bevölkerung wirkt in den nächsten Jahren immer noch eine Zunahme bei der Zahl der Haushalte sowie ein steigender Quadratmeterbedarf pro Kopf entgegen. Für die meisten Euroconstruct-Länder wird für den sechsjährigen Beobachtungszeitraum 2002 bis 2008 ein moderates Bevölkerungswachstum von insgesamt durchschnittlich 2 1/2% unterstellt. Von diesem Durchschnittswert weichen lediglich Irland (12%) sowie Spanien (10%) deutlich ab. Im selben Zeitraum erhöht sich die Anzahl der Haushalte in Irland sogar um 22% und in Spanien immer noch um 17%.

Schnelles Ende des Wohnungsbaubooms

Die Dynamik des Wohnungsneubaus wird nicht mehr lange anhalten. Bereits 2007 wird nur noch knapp das Niveau des Vorjahres erreicht, 2008 wird sogar ein leichter Rückgang erwartet. Trotz einiger positiver Aspekte sprechen viele der angeführten Entwicklungen doch eher für eine Stabilisierung auf dem in 2006 erreichten Niveau. Impulse für den Wohnungsbau werden im Prognosezeitraum allein von steigenden Bestandsmaßnahmen kommen. In diesem Teilbereich erwarten die Experten eine Zunahme von jährlich rund 2%. Für den gesamten Wohnungsbau ergibt sich somit ein Wachstum von 1% im Jahr 2007 und 0,9% im Jahr 2008.

Blickt man über den Prognoserand des Jahres 2008 hinaus, so könnten mittel- bis langfristig folgende positive Einflüsse den Markt wieder beleben:

- Steigende Ansprüche an die Energieeffizienz von Wohngebäuden. (Ein Energiepass ist in Deutschland bereits in der Einführungsphase und wird in weiteren Ländern folgen.)
- Steigendes Durchschnittsalter der Bevölkerung in nahezu allen Ländern führt zur Nachfrage nach altengerechten Wohnungen.
- Steigende Eigentumsquoten führen zu höherer Renovierungstätigkeit (Niederlande).
- Hohe Hauspreise führen zu einer verstärkten »Do-it-yourself«-Kultur (Schweden).
- Steigende Nachfrage nach Zweitwohnungen durch »Ausländer« in landschaftlich attraktiven Regionen.
- Besiedelung von Grenzregionen im Zuge der europäischen Integration (Österreich, Slowakei, Ungarn).

Literatur

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006), *Raumordnungsprognose 2020/2050*, BBR-Berichte Band 23, Bonn.

Euroconstruct (ed.: EIB, Amsterdam, 2006a), *Prospects for the European Construction Markets 2006–2008 – Country Report of the 61st Euroconstruct Conference*, Amsterdam, Juni 2006.

Euroconstruct (ed.: EIB, Amsterdam, 2006b), *Prospects for the European Construction Markets 2006–2008 – Summary Report of the 61st Euroconstruct Conference*, Amsterdam, Juni 2006.

Royal Institute of Chartered Surveyors (2006), *Europäischer Wohnungsbaubericht 2006*, <http://www.rics.org/ehr>.

Wirtschaft und Politik haben es auf ihre Fahnen geschrieben: Man will die starke Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen vermindern und forciert die Nutzung so genannter erneuerbarer Energien. Dabei fällt vor allem den nachwachsenden Rohstoffen eine Schlüsselstellung zu. Nach der Biokraftstoffrichtlinie der EU soll bis 2010 der Biokraftstoffanteil auf 5,75% angehoben werden. Dem Biomasse-Aktionsplan der EU von 2005 zufolge soll die energetische Biomassenutzung bis 2010 auf das Doppelte des Standes von 2005 steigen, was etwa 8% entsprechen dürfte. Fördermaßnahmen, an denen neben dem Bund und der EU auch die Länder beteiligt sind, haben Landwirtschaft und Industrie animiert, völlig neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, die von der landwirtschaftlichen Erzeugung bis zum Verbraucher reichen. Dabei wurden und werden weiterhin erhebliche Anstrengungen unternommen, die Verfahren zu optimieren und die Technologie für wirtschaftlich rentable Größen serienreif zu machen, und es wurden bzw. werden Investitionen in beachtlichem Umfang vorgenommen. Die Wertschöpfungskette Biodiesel konnte sich in Deutschland zwischenzeitlich etablieren. Aktuell erlebt die Biogasbranche einen Boom und die Wertschöpfungskette Bioethanol zum Einsatz für Otto-Motoren bringt sich mit dem Bau mehrerer Werke in Position. Die Landwirtschaft profitiert von dieser Entwicklung, indem sich erweiterte Absatzmöglichkeiten für ihre Erzeugnisse bieten (Raps für Biodiesel, Getreide für Bioethanol) oder gar neue Erwerbszweige erschließen lassen, wie es bei der Biomassenutzung der Fall ist.

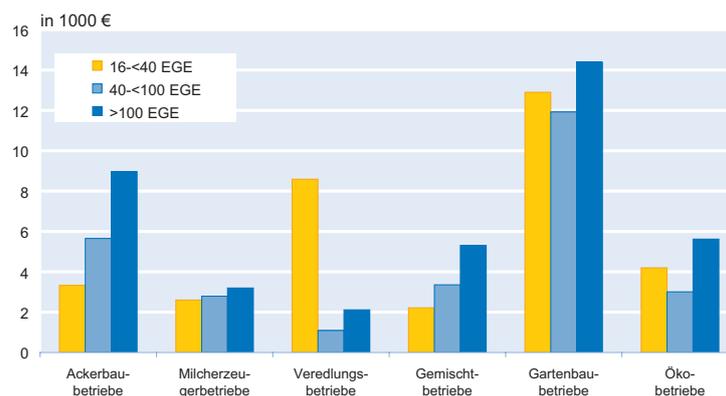
Die Rolle von Erwerbsalternativen im Kontext des landwirtschaftlichen Strukturwandels

Landwirtschaftsnahe Erwerbsalternativen werden üblicherweise in Betracht gezogen, wenn in einem landwirtschaftlichen Familienbetrieb Wachstumsmöglichkeiten in der originären landwirtschaftlichen Produktion nicht mehr gegeben sind und/oder betriebliche Ressourcen in den bisherigen Tätigkeitsfeldern nicht voll ausgeschöpft werden können bzw. diese eine zu geringe Entlohnung erwirtschaften. Im Lebenszyklus landwirtschaftlicher Familienbetriebe sind derartige Konstellationen besonders dann anzutreffen, wenn der Betriebsinhaber den Hof noch selber voll bewirtschaftet, der Nachfolger aber bereits im erwerbsfähigen Alter ist und ein eigenes Einkommen anstrebt. Soll der Betrieb in der Lage sein, zwei oder gar noch mehr Familien zu ernähren, bringt der Aufbau einer landwirtschaftsnahen Erwerbsalternative nicht nur zusätzliches »Geld auf den Hof«, sondern bietet der Nachfolgergeneration auch die Option, diese gegebenenfalls als künftigen Haupterwerb auszubauen. Landwirtschaftsnahe Erwerbsalternativen werden aber auch dann gesucht, wenn die derzeit aktive Bewirtschaftergeneration bestrebt ist, die be-

triebliche Wertschöpfung durch Zusatzaktivitäten zu verbessern. Das ist vor allem dann der Fall, wenn klassische betriebliche Wachstumsschritte wie Flächenzupacht oder Aufstockung von Viehbeständen nicht möglich sind. Ein Blick auf die betriebliche Ertragsituation und die Entwicklung der Einkommen verdeutlicht, dass auch in einem für die Landwirtschaft vergleichsweise günstigen Wirtschaftsjahr wie 2004/05 der Reaktionsdruck hoch bleibt. Eine rechnerische Entlohnung eingesetzter Arbeitskraft und eingesetzten Eigenkapitals von 23 100 € pro Person, wie sie sich für die-

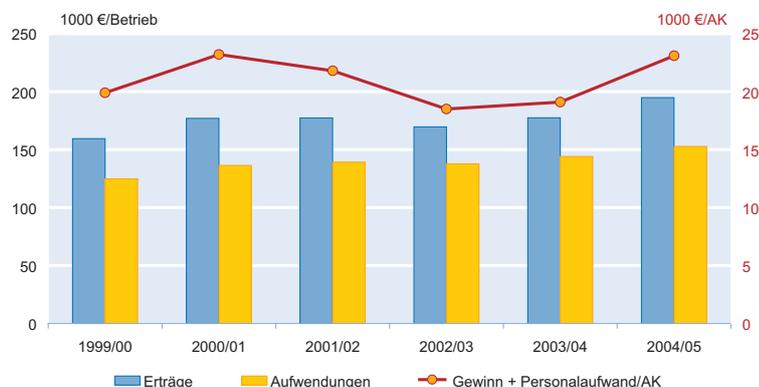
Abb. 1

Nettoerträge landwirtschaftlicher Betriebe aus Handel, Dienstleistungen und Nebenbetrieben 2004/05



Quelle: BMELV, Agrarpolitischer Bericht 2006.

Abb. 2
Betriebliche Erträge und Aufwendungen, Entlohnung eingesetzter Arbeitskraft in landwirtschaftlichen Haupteinzelbetrieben



Quelle: BMELV, Agrarpolitischer Bericht 2006.

ses Jahr ergab (vgl. Abb. 2), dürfte auch langfristig die Suche nach Alternativen lebendig halten.

Erwerbsalternativen gelten dann als »landwirtschaftsnah«, wenn sie in einem wirtschaftlichen Bezug zum landwirtschaftlichen Betrieb stehen, d.h. dessen Ressourcen nutzen und/oder vom ländlichen Umfeld profitieren. Es ist in hohem Maße von der geographischen Lage eines landwirtschaftlichen Betriebes abhängig, welche zusätzliche Erwerbsaktivität für ihn in Frage kommt. Betriebe im Einzugsbereich städtisch geprägter Räume profitieren zum Beispiel von der Nähe zu den Endverbrauchern. Sie können über die verschiedenen Angebotsformen des Direktabsatzes, z.B. über die Bedienung von Bauern- oder Wochenmärkten, einen ambulanten Handel, einen eigenen Hofladen, über die Bereitstellung von Feldern und Plantagen zum Selbst-Ernten usw., die Bedürfnisse einer Kundschaft befriedigen, die großen Wert auf Produktfrische, Information über die Herkunft usw. legt.

Landwirtschaftliche Betriebe in typischen Ferienregionen genießen den Vorteil, dass Feriengäste gezielt in ihre Region kommen und nicht nur Unterkunftsmöglichkeiten und Gastlichkeit suchen, sondern auch Erlebnisangebote, ländliche Sportmöglichkeiten (Reiten, Angeln), Begegnung mit der Natur und Ähnliches. Es gibt für geeignete Betriebe eine ganze Palette von Möglichkeiten, Gästen einen attraktiven Landurlaub zu bieten. Nicht selten wird auch Selbsterzeugtes vom Hof angeboten, so dass Aktivitäten der Direktvermarktung und der Gästebeherbergung und Bewirtung Hand in Hand gehen.

Erwerbsalternativen in touristisch wenig attraktiven und ballungsraumfernen Regionen können sich dagegen nur auf die vorhandenen landwirtschaftlichen und betrieblichen Ressourcen stützen. Die wohl am weitesten verbreitete landwirtschaftsnahe Erwerbsalternative ist der Verleih landwirtschaft-

licher Maschinen, meist sehr teurer und leistungsfähiger Spezialmaschinen, wobei es weitgehend üblich ist, dass der Besitzer die Geräte auch bedient, also zusätzlich seine Arbeitskraft einbringt. Mehr als 190 000 Landwirte in Deutschland sind Mitglied in einem Maschinenring. Schätzungsweise ein Viertel bis ein Drittel von ihnen dürfte Maschinenleistungen überbetrieblich anbieten und sich dabei auf die Vermittlungstätigkeit der Maschinenringe stützen. Mit deutlich geringerem Organisationsaufwand werden Maschinen auch im Rahmen der Nachbarschaftshilfe überbetrieblich genutzt, eine weitere Alternative bilden Maschinengemeinschaften von benachbarten Betrieben, die aufgrund vereinbarter Verrechnungsgrundsätze bestimmte Maschinen gemeinsam nutzen.

Gerade in jüngerer Zeit wurden, nicht zuletzt dank staatlicher Förderung, zahlreiche Vorhaben der Energieerzeugung geplant und umgesetzt. Die Erzeugung von Biogas auf der Basis gezielten Energiepflanzenbaus und gegebenenfalls unter zusätzlicher Verwertung von Reststoffen aus der Nahrungs- und Futtermittelindustrie erlebt derzeit einen regelrechten Boom. An küstennahen Standorten sowie auf Bergeshöhen haben viele Landwirte bereits Windräder zur Energieerzeugung installieren lassen oder sind an derartigen Projekten beteiligt. Dank zahlreicher verfügbarer Wirtschaftsgebäude wurden Dachflächen vielfach schon für den Aufbau von Kollektoren genutzt, vereinzelt sind große Anlagen von Sonnenkollektoren auch auf landwirtschaftlich genutztem Grünland installiert worden.

Vor dem Einstieg in eine landwirtschaftsnahe Erwerbsalternative ist eine kritische Bestandsaufnahme der gegebenen Verhältnisse sowie eine Prüfung der Realisierungschancen unerlässlich:

- Sind die benötigten Arbeitskapazitäten für die geplante Erwerbsalternative tatsächlich zu den maßgeblichen Zeiten verfügbar oder kollidieren die Arbeitszeitanprüche der Erwerbsalternative mit den saisonalen Arbeitsspitzen des landwirtschaftlichen Betriebs? Besteht die Möglichkeit, nötigenfalls auf Aushilfskräfte zurückzugreifen?
- Wie steht es mit der fachlichen Qualifikation für die geplante Erwerbsalternative? Sind gegebenenfalls Schulungen o. Ä. im Vorfeld erforderlich? Entspricht das zukünftige Engagement den persönlichen Neigungen und Eignungen des vorgesehenen Personals?
- Verfügt der Betrieb über Gebäude und Anlagen, die für die geplante Erwerbsalternative sinnvoll genutzt werden können? Welche Neu- oder Umbauten sind gegebenenfalls erforderlich?

- Stellt die geplante Erwerbsalternative unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die bestmögliche Verwertung von Arbeitskraft und gegebenen betrieblichen Ressourcen dar?
- Ist mit einer rentablen Nutzung von Gebäude- und Anlageninvestitionen zu rechnen? Liegen Erfahrungsberichte und realistische Beispielkalkulationen vor?
- Ist die geplante Maßnahme nur deshalb wirtschaftlich, weil von staatlicher Förderung profitiert werden kann? Würde das Vorhaben wirtschaftlich uninteressant, wenn die Förderung auslaufen sollte? Als wie stabil sind die politischen Verhältnisse einzustufen, die für die gegenwärtige Förderung verantwortlich sind?
- Lassen die gegebenen Marktverhältnisse (Nachfrage, Konkurrenzsituation) einen wirtschaftlichen Erfolg tatsächlich erwarten?
- Und nicht zuletzt: Steht die Finanzierung?

Die Umsatzerlöse, die die Landwirtschaft mit »Handel, Dienstleistungen und Nebenbetrieben« (HDN) – so der Terminus der landwirtschaftlichen Buchführung für landwirtschaftsnahe Erwerbsalternativen – erzielt, dürften sich nach Schätzungen auf Basis aktueller Struktur- und Buchführungsdaten bundesweit auf rund 2 Mrd. € (2004/05) belaufen.¹ Der Materialaufwand, der bei den verschiedenen Erwerbsalternativen sehr unterschiedlich zu Buche schlägt, beläuft sich auf eine Größenordnung von ca. 800 Mill. €, so dass den landwirtschaftlichen Betrieben ein Nettoertrag von insgesamt 1,2 Mrd. € bleibt. Zu den Umsatzerlösen insgesamt tragen die landwirtschaftsnahen Erwerbsalternativen in den Hauptidebetrieben im Durchschnitt 4,7% bei, in Gartenbaubetrieben liegt der Umsatzanteil sogar bei durchschnittlich 17% und in Öko-Betrieben bei 5,5%.

Mit einem Nettoertrag von 4 295 € im Durchschnitt der Hauptidebetriebe leisten die landwirtschaftsnahen Erwerbsalternativen einen beachtlichen zusätzlichen Beitrag zum Betriebserfolg und zum Unterhalt der Familien auf dem Hof. Je nach Produktionsausrichtung und Betriebsgröße können diese Beiträge deutlich variieren (vgl. Abb. 1). Unterstellt man, dass vielleicht nur jeder dritte Betrieb eine solche Nebentätigkeit in nennenswertem Umfang wahrnimmt, dann wäre rechnerisch ein Nettobeitrag der HDN-Aktivitäten von fast 13 000 € pro Betrieb anzusetzen. Landwirtschaftsnahe Aktivitäten, die aufgrund der steuerrechtlichen Abgrenzungskriterien als gewerblich einzustufen sind, werden in diesen Kalkulationen nicht berücksichtigt. Da es sich dabei in aller Regel um die »größeren« Engagements handelt, ist damit zu rechnen, dass das gesamte Umsatzvolumen für landwirtschaftsnahe Erwerbsalternativen ein Mehrfaches dessen ausmacht, was sich allein auf Basis der landwirtschaftlichen Buchführung schätzen lässt.

¹ BMELV, Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung, 2006.

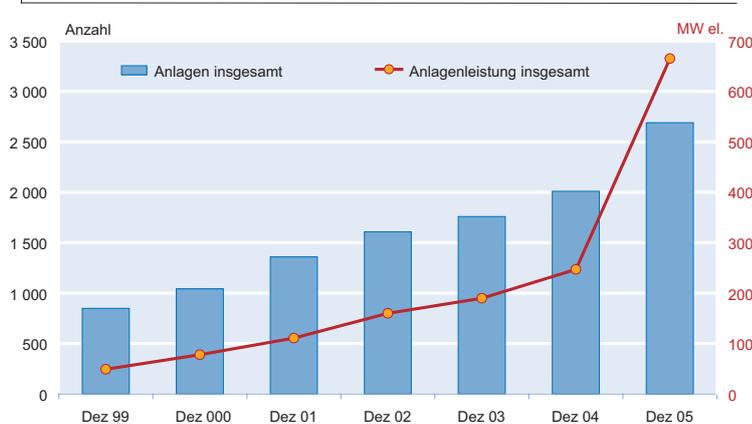
Biogas – eine neue Branche und eine Erwerbsalternative für Landwirte

Biogas entsteht durch bakterielle Zersetzung organischen Materials. Es handelt sich dabei um einen mehrphasigen Gärungs- und Zersetzungsprozess, der in Biogasanlagen technisch optimiert wird und ein Gasgemisch liefert, das je nach Art und Zusammensetzung der Ausgangsstoffe zwischen 50 und 75 Volumenprozent Methan enthält. Als Ausgangssubstrate sind zahlreiche biogene Reststoffe und Abfälle geeignet, so z.B. Mist und Gülle aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung, Erntereste, Abfälle aus der Ernährungs- und Futtermittelindustrie, Schlachtabfälle wie Pansen und Darminhalte usw., aber auch gezielt angebaute Energiepflanzen wie z.B. Grünmais. Das gewonnene Gas wird gereinigt und getrocknet, d.h. von Wasser und schwefelhaltigen Verbindungen befreit, und in Abhängigkeit vom geplanten Verwendungszweck gegebenenfalls weiter aufbereitet. Die Verwertungsmöglichkeiten erstrecken sich von der Wärmegegewinnung mit Hilfe einfacher Gasheizkessel über die kombinierte Wärme-/Stromgewinnung in Block-Heizkraftwerken oder über Brennstoffzellen bis hin zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe. Die derzeit gängige Nutzung ist die in Block-Heizkraftwerken. Dabei werden, gemessen am Primärenergiegehalt des Biogases, Wirkungsgrade von 30%, in modernen Anlagen bereits 35%, für die Gewinnung von elektrischem Strom und weitere 45% für die Wärmegegewinnung erreicht. Neben Biogas erhält der Anlagenbetreiber ein Restsubstrat, das als hochwertiger Stickstoffdünger gilt und im Gegensatz zu handelsüblichem Kunstdünger Humus aufbauende Substanzen enthält.

Die Biogasgewinnung, die Anfang der neunziger Jahre wirtschaftlich noch in den Kinderschuhen steckte, nahm in den folgenden Jahren in Deutschland eine zügige Entwicklung (vgl. Abb. 3a). In Deutschland produzierten Ende 2005 rund 2 700 Biogasanlagen etwa 2,9 Mrd. Kilowattstunden Strom – das sind ungefähr 0,5% der gesamten deutschen Stromerzeugung. Allein im Jahr 2005 waren mehr als 600 neue Anlagen ans Netz gegangen. Die installierte Leistung belief sich Ende 2005 auf gut 650 Megawatt. Nach Angaben des Fachverbandes Biogas sind derzeit mehr als 5 000 Mitarbeiter im Bereich Biogas tätig, die im Jahr 2005 einen Umsatz von circa 650 Mill. € erwirtschafteten. Der Biogasboom hat darüber hinaus eine ganze Reihe von Unternehmen hervorgebracht, die bei der Planung, der Erlangung der maßgeblichen Genehmigungen, dem Bau und der Inbetriebnahme unterstützend tätig sind. Allein 75 so genannte Komplettanbieter werden in einschlägigen Datenbanken aufgeführt, darunter bereits ein börsennotiertes Unternehmen in Bayern.

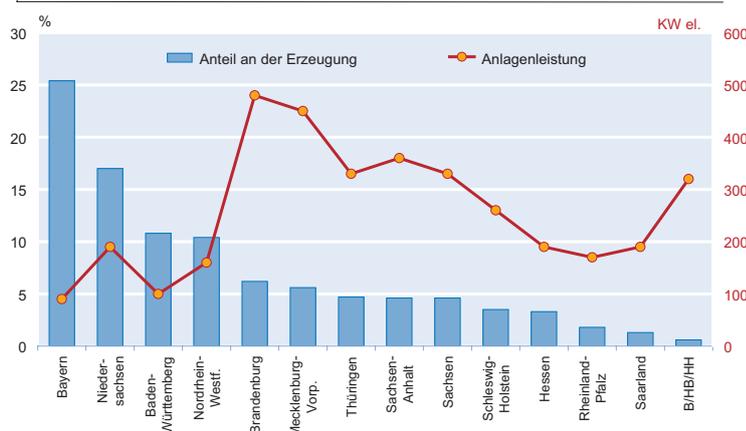
Mit etwa 1 000 Anlagen ist Bayern das Bundesland mit den meisten Biogasanlagen in Deutschland (vgl. Abb. 3b). Es stellt gut 25% der installierten Leistung, allerdings handelt

Abb. 3a
Biogasanlagen und Anlagenleistung in Deutschland 1999–2005



Quelle: Institut für Energetik und Umwelt, Leipzig.

Abb. 3b
Beitrag der Regionen zur Stromerzeugung aus Biogas und deren durchschnittliche Anlagenleistung 2005



Quelle: Fachverband Biogas, Freising.

es sich dabei überwiegend um Anlagen mit geringerer Kapazitätsauslegung, wie die durchschnittlich installierte Leistung von 90 Kilowatt belegt. Überwiegend große Biogasanlagen sind in den neuen Bundesländern zu finden. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beläuft sich die durchschnittliche Leistungsauslegung z.B. auf das Fünffache des bayerischen Wertes. Ende 2005 konnte man davon ausgehen, dass gut ein Viertel der installierten Leistung auf Anlagen über 500 Kilowatt entfiel, Kleinanlagen mit maximal 70 Kilowatt Leistung kamen nur noch auf einen Anteil von knapp 8%, und etwa zwei Drittel der installierten Leistung lagen in dem Zwischenbereich.

Der erzeugte Strom kann sowohl im landwirtschaftlichen Betrieb eingesetzt als auch ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die gewonnene Wärme wird teils für die Fermentationsprozesse bei der Biogaserzeugung selbst verwendet und kann darüber hinaus im Haushalt und Betrieb des Landwirts genutzt werden. Der maßgebliche Auslöser für den Bio-

gasboom war die Novellierung des »Erneuerbare Energien-Gesetzes« (EEG) 2004. Dieses garantiert neben der Grundvergütung von 11,5 Cent je Kilowattstunde für kleine Anlagen beziehungsweise 8,4 Cent für Kraftwerke über 5 Megawatt zusätzliche 6 Cent beim Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen sowie 2 Cent für die sinnvolle Nutzung der entstehenden Abwärme. Die maßgebliche Vergütung verringert sich für Anlagen, die ab 2005 in Betrieb genommen wurden bzw. werden, von Jahr zu Jahr um 1,5% des jeweils im Vorjahr geltenden Betrages. Nach Informationen des Instituts für Energetik und Umwelt in Leipzig nahmen 64% der Anlagenbetreiber neben der Grundvergütung auch die Vergütung für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe in Anspruch. Unter den eingesetzten Substraten entfiel 2005 der größte Anteil von 51% auf tierische Exkremente, 22% waren nachwachsende Rohstoffe, 16% organische Reststoffe aus Landwirtschaft und Ernährungsindustrie sowie 11% Bioabfall.

Zahlreiche Fachbeiträge sind in jüngerer Zeit erschienen, die sich mit der Wirtschaftlichkeit von Biogasanlagen befassen. Dabei können Beispielkalkulationen letztlich nur Eckpunkte liefern, da betriebsindividuelle Gegebenheiten in aller Regel sehr stark durchschlagen. So ist laut einer Veröffentlichung der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe bei einer 500-Kilowatt-Anlage mit Investitionskosten in Höhe von 1,1 Mill. € zu rechnen (2004), laufende Kosten einschließlich der Erzeugung der eingesetzten pflanzlichen Rohstoffe und der Arbeitsentgelte wurden mit rund 455 000 € pro Jahr kalkuliert.² Gerechnet wurde mit einem Gasertrag von 1,9 Mill. m³, aus dem netto ca. 3,5 Mill kWh elektrischer Strom und 2,65 Mill. kWh Wärme gewonnen wurden. Wird eine solche Anlage als »NawaRo-Anlage« (nur auf Basis nachwachsender Rohstoffe) betrieben, so kann sie durchaus ansehnliche Gewinne abwerfen, besteht dagegen wegen des verwendeten Substratemixes kein Anspruch auf den NawaRo-Bonus, so sind die Grenzen der Wirtschaftlichkeit sehr schnell erreicht, es sei denn, dass eine günstigere Konstellation von Substratkosten und Gasleistung den Nachteil wieder ausgleicht. Zu beachten ist auch der Düngerwert des Restsubstrates, der bei einer 500-kW-Anlage durchaus bei 40 000 € liegen kann.

² Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V., Handreichung Biogaserzeugung und -nutzung, Gülzow 2005.

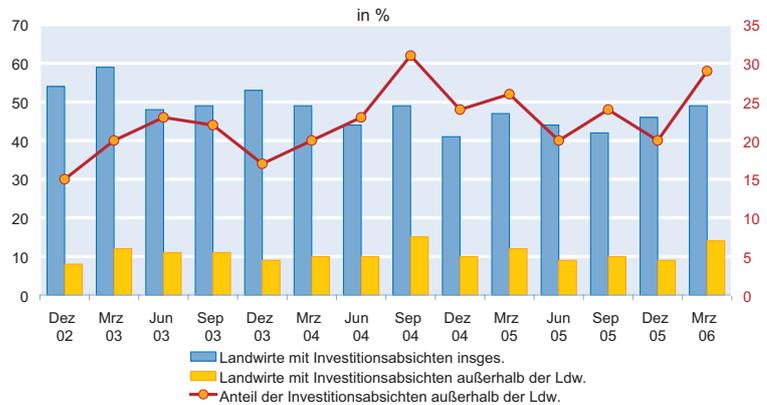
Die Entwicklungsperspektiven für Biogas werden unterschiedlich beurteilt

Die Biogas-Branche in Deutschland boomt. Deutsche Unternehmen im Anlagenbau haben technologisch und wirtschaftlich eine Spitzenstellung im weltweiten Maßstab errungen. Erste landwirtschaftliche Bildungseinrichtungen haben begonnen, spezielle Ausbildungsgänge anzubieten, so z.B. das Bildungszentrum Triesdorf mit der Ausbildung zum Fachagrarwirt »Erneuerbare Energien – Biomasse«. Der Fachverband Biogas veröffentlicht eine sehr optimistische Vorausschau auf das Jahr 2020.³ Danach soll die kumulierte Leistung von gegenwärtig 650 MW auf 9 500 MW ansteigen, die jährliche Stromproduktion könnte 76 Mrd. kWh erreichen und damit 17% der nationalen Stromproduktion ausmachen, der Umsatz im Anlagenbau würde 7,6 Mrd. € erreicht haben. Solch optimistischen Erwartungen wird von betriebswirtschaftlicher Seite entgegengehalten, dass auch der Betrieb einer Biogasanlage scharf kalkuliert werden muss und dass vor allem eine wirtschaftliche Rentabilität nur den erhöhten Vergütungssätzen für die Stromeinspeisung zu verdanken ist. Ein dauerhafter Fortbestand des derzeitigen Förderniveaus der Biogaserzeugung kann jedoch nicht erwartet werden. Experten des Deutschen Raiffeisenverbands weisen sogar darauf hin, dass sich ihre Mitgliedsunternehmen in punkto Betrieb von Biogasanlagen weitgehend zurückhalten. Sie gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Führung einer Anlage langfristig nur dann gesichert sein kann, wenn für die Abwärme ganzjährig eine Nutzung besteht und wenn kostengünstige Eingangssubstrate zur Verfügung stehen. In diesem Kontext ist auch von Bedeutung, in wieweit es sich bei den Anbauflächen für eingesetzte Energiepflanzen um Pachtflächen handelt, deren Preise – biogasbedingt – nach oben tendieren.

Andererseits ist angesichts steigender Energiepreise damit zu rechnen, dass Politik und Wirtschaft gerade die Erzeugung biogener Energie aus Stoffen forcieren, für die anderweitige Nutzungsformen nur beschränkt in Frage kommen, wie z.B. organische Abfälle, Grüngut aus der Flächenpflege und Exkremete. Die Erzeugung von Biogas auf Basis von eigens dafür angebauten Energiepflanzen steht dagegen nicht nur in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion, sie gerät auch mehr und mehr in Konkurrenz zur Erzeugung der Grundstoffe für die Biodiesel- oder Bioethanolgewinnung.

Abb. 4

Entwicklung der Investitionsbereitschaft^{a)} in der deutschen Landwirtschaft



^{a)} Zum jeweiligen Befragungszeitpunkt liegt die Absicht vor, innerhalb des kommenden halben Jahres mindestens eine Investition vorzunehmen.
Quelle: Deutscher Bauernverband.

Das Interesse der Landwirtschaft an der Biogaserzeugung scheint gegenwärtig ungebrochen, zumindest vermittelt die Anzahl von Artikeln in der landwirtschaftlichen Fachpresse diesen Eindruck. Auch Erhebungen zur Investitionsbereitschaft der Landwirte, die der Deutsche Bauernverband durchführen lässt⁴, bestätigen, dass jeder dritte bis vierte Landwirt mit Investitionsabsichten (49% der Befragten) auch außerhalb der Landwirtschaft investieren möchte. Dabei dürften Investitionen im Bereich der Energieerzeugung Vorrang haben (vgl. Abb. 4). Um eine leistungsfähige Anlage betreiben zu können, werden in der Praxis angesichts der Mengen zu beschaffender und zu lagernder Substrate und des kontinuierlichen Aufwands, der mit der Anlagenführung verbunden ist, häufig Kooperationsprojekte entwickelt. Dabei ergeben sich auch Aufgabenfelder für Maschinenringe und landwirtschaftliche Lohnunternehmen. Dies ist u.a. schon deshalb nahe liegend, weil Maschinenringe und Lohnunternehmen bereits jetzt in der überregionalen Gülleverwertung wie auch im Betrieb von Kompostierungsanlagen engagiert sind.

Um eine bundesweit einheitliche ertragsteuerliche Behandlung von Biogasanlagen und der Erzeugung von Energie aus Biogas zu gewährleisten, hat das Bundesfinanzministerium im März dieses Jahres eine Klarstellung verfasst, die für alle zu diesem Zeitpunkt noch offenen und künftigen Veranlagungen maßgeblich ist. Danach gilt eine Biogasanlage als Bestandteil eines landwirtschaftlichen Betriebs, wenn die Biomasse überwiegend im eigenen Betrieb erzeugt wird und das Biogas bzw. die daraus erzeugte Energie (Wärme, Strom) überwiegend im eigenen Betrieb verwendet wird. Wird eine Biogasanlage als landwirtschaftlicher Nebenbetrieb geführt, entscheiden bestimmte Relationen, die sich auf die Herkunft

³ Fachverband Biogas, Verschiedene Pressemitteilungen sowie Tagungsbeiträge, 2006.

⁴ Deutscher Bauernverband e.V., Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar März/April 2006.

der Ausgangssubstrate (Zukauf) beziehen, und die Anwesenheit bestimmter Prozessstufen, der so genannten zweiten Verarbeitungsstufe, letztlich darüber, ob die Nebenbetriebe als gewerblich zu führen sind. Noch komplizierter wird die Frage der steuerrechtlichen Bewertung im Falle von Kooperationen, zumal bei genossenschaftlichen Modellen auch die Körperschaftsteuer zu berücksichtigen ist. Es empfiehlt sich daher auf jeden Fall, bereits zum Zeitpunkt der Projektplanung auch das steuerliche Modell mit einem Experten des Steuerrechts zu klären, um spätere Überraschungen zu vermeiden.

Hinweis

Dieser Beitrag wurde der Reihe »Branchen special« (Bericht Nr. 96, Juli 2006) entnommen, die vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) herausgegeben wird. Das ifo Institut erstellt in Zusammenarbeit mit dem BVR halbjährlich Branchen specials für über hundert Branchen der deutschen Wirtschaft, die jeweils aktuelle Informationen zu den strukturellen, betriebswirtschaftlichen und konjunkturellen Aspekten enthalten sowie einen Blick auf die Entwicklungsperspektiven der verschiedenen Branchen werfen. Einzelberichte sind bei Volks- und Raiffeisenbanken erhältlich.

ENERGY SECURITY

Focus

Fatih Birol
Andris Piebalgs
Lutz Kilian
Eberhard Jochem and
Harald Bradke
Cho Khong

WHAT SORTS OF RICH-COUNTRY JOBS ARE AT RISK TO GLOBALISATION?

Pro and Contra

Frank Levy and
Richard J. Murnane

Alan S. Blinder

ON THE FRINGE OF EUROPE: ICELAND'S CURRENCY DILEMMA

Special

Tryggvi Herbertsson
and Gylfi Zoega

GLOBALISATION AND INFLATION

Spotlights

EXCESS CORPORATE SAVINGS

STATISTICS UPDATE

Trends

Neue Online-Informationsdienste der CESifo Gruppe München



Der ifo Newsletter ist ein kostenloser Service des ifo Instituts und wird einmal im Monat per E-Mail verschickt. Er informiert Sie in deutscher Sprache über neue Forschungsergebnisse, wichtige Publikationen, ausgewählte Veranstaltungen, Personalien, Termine und vieles mehr aus dem ifo Institut.

Wenn Sie den ifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: newsletter@ifo.de.



CESifo veröffentlicht monatlich über 20 Working Papers mit den Forschungsergebnissen seines weltweiten akademischen Netzwerks. Der CESifo Newsletter präsentiert in englischer Sprache ausgewählte Papers in einem leicht verständlichen Stil mit dem Ziel, den wissenschaftlichen Output für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen.

Wenn Sie den CESifo Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: saavedra@cesifo.de.

Möchten Sie zusätzlich unsere aktuellen Pressemitteilungen beziehen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an: presseabteilung@ifo.de.

Sie können uns auch gerne ein Fax schicken an:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Fax: (089) 9224-1267

Bitte nehmen Sie mich in den Verteiler auf für:

- ifo Newsletter CESifo Newsletter Pressemitteilungen

Name:
Institution:
Straße:
Ort:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

